

Sozialberichterstattung  
Gesellschaftliche Trends  
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

## Inhalt

Trend zu abnehmender Konzentration der Vermögen scheint gestoppt	1
Sozialbericht 2000 für die Schweiz Ein Buchhinweis	4
Wer hat, dem wird gegeben Befunde zu Erbschaften und Schenkungen in Deutschland	5
Tagungsbericht: Soziale Indikatoren auf Kongressen	8
Digitales Informationssystem Soziale Indikatoren (DISI) 2.0	9
Tagungsbericht: »Reich und arm« aus internationaler und intranationaler Perspektive	10
Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands in neuer Auflage erschienen Ein Buchhinweis	11
Bei höherer Schulbildung neigen ausländische Männer eher zur Ehe mit deutscher Partnerin	12
Der neue Armutsbericht der Hans Böckler Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ein Buchhinweis	15
Call For Papers Fourth Conference International Society for Quality of Life Studies	16

## Trend zu abnehmender Konzentration der Vermögen scheint gestoppt

### Analysen zur Vermögensverteilung in Deutschland<sup>1</sup>

*Das Vermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren zunehmend in den Blickpunkt der wissenschaftlichen und politischen Diskussion gelangt. Insbesondere durch die Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung werden große Teile der wissenschaftlichen Öffentlichkeit auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Bei der ausschließlichen Betrachtung gesamtwirtschaftlicher Aggregate für das Vermögen, wie beispielsweise von Ergebnissen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, ist eine erhebliche Zunahme des Gesamtvermögens privater Haushalte erkennbar. Aber auch durch das Schlagwort von der Generation der Erben wird der Eindruck erweckt, dass für einen Großteil der Bevölkerung eine ausreichende Absicherung auf der Grundlage eigener finanzieller Mittel möglich sei. In diesem Zusammenhang muss man insbesondere darauf hinweisen, dass das Privatvermögen nach den Plänen der Bundesregierung in Zukunft eine wesentliche Rolle bei der Sicherung des Lebensstandards im Alter spielen soll. Allerdings sollte man dabei berücksichtigen, dass die Angabe von gesamtwirtschaftlichen Aggregaten und von Durchschnittswerten für die gesamte Bevölkerung nicht erkennen lässt, wie sich diese umfangreichen Vermögen auf die einzelnen Haushalte verteilen. Denn erst durch einen weit gestreuten Vermögensbesitz wird eine umfassende ökonomische Sicherung des Lebensstandards größerer Bevölkerungsteile erreicht. Das Ziel dieses Beitrages ist es, die Entwicklung der Vermögensverteilung vor dem Hintergrund wieder zunehmender Ungleichheit in anderen Ländern zu untersuchen.*

Seit kurzem stehen die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS 1998) der Wissenschaft zur Verfügung, mit denen eine aktuelle Analyse der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht wird. In der alle fünf Jahre vom Statistischen Bundesamt durchgeführten EVS werden private Haushalte zu ihrer Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögenssituation befragt. Für die hier vorgenommenen Analysen wird eine anonymisierte 80%-Stichprobe verwendet, die für das Jahr 1998 49.720 Haushalte umfasst. Hierbei ist zu beachten, dass Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über 35.000 DM im Datensatz der EVS 1998 nicht ausgewiesen werden. Da also sehr reiche Haushalte nicht in die Analyse einbezogen werden können, ist die tatsächliche Ungleichheit in Deutschland größer als die folgenden Ergebnisse dokumentieren.

#### Zunehmende Vermögenskonzentration in unterschiedlichen Ländern

War in den USA über lange Zeit ein Trend hin zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung zu beobachten, so hat sich diese Entwicklung inzwischen in Richtung einer wieder zunehmenden Konzentration der Vermögen gewendet. Da sich diese Trendwende zuerst in den USA gezeigt hat, ist dort der Begriff U-Turn geprägt worden. Aber auch in Großbritannien und Schweden beobachten einige Autoren einen Trend hin zu einer größeren Ungleichheit der Vermögensverteilung (Ring 2000: 126 ff.). Daher stellt sich die Frage, ob sich eine solche Trendumkehr auch in der Bundesrepublik Deutschland feststellen lässt.

Es werden hauptsächlich drei Gründe dafür genannt, dass es nach einer langen Zeit der ab-

nehmenden Vermögenskonzentration zu einer Umkehr der Entwicklung gekommen ist (Grütke 2000: 101 ff.; Ring 2000: 129 ff.): Der erste Grund ist eine verstärkte Streuung der personellen Lohneinkommen, die sich aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Einkommen und Vermögen auch auf die Vermögensverteilung auswirkt. Ein weiterer Grund ist die unterschiedliche Wertentwicklung einzelner Vermögensformen. Sie kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn vor allem diejenigen Vermögensformen, die sich im Eigentum der reicheren Haushalte befinden, eine weit überdurchschnittliche Wertsteigerung erfahren. Als letzter Grund werden die Auswirkungen der Globalisierung genannt, welche über eine veränderte Beschäftigtenstruktur zu einer stärkeren Streuung der Einkommen führen kann. Darüber hinaus wird argumentiert, dass die Möglichkeiten des Ausgleichs von Ungleichheiten mittels der sozialen Sicherungssysteme und der staatlichen Transfers durch die Globalisierung eingeschränkt werden. Hierdurch wird wiederum die Fähigkeit verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Bildung von Vermögen in unterschiedlicher Weise beeinflusst.

Es stellt sich nunmehr die Frage, ob es auch für die Bundesrepublik Deutschland eine empirische Evidenz für eine entsprechende Entwicklung gibt. Bei der Beantwortung dieser Frage muss die Vermögensverteilung ostdeutscher Haushalte aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen zur Schaffung von Vermögenswerten in beiden Landesteilen gesondert betrachtet werden.

**Vermögensungleichheit nimmt in Westdeutschland nicht weiter ab**

Alle hier dargestellten Ergebnisse stützen sich auf Analysen von unterschiedlichen Jahrgängen der EVS. Dadurch soll eine weitgehende Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewahrt werden, obwohl die einzelnen Autoren der zitierten Studien leicht abweichende Vermögensbegriffe verwendet haben. Der in den neu vorgenommenen Berechnungen (ab 1988) verwendete Nettogesamtvermögensbegriff setzt sich aus dem Nettogeld- und dem Nettoimmobilienvermögen zusammen. Der Vermögensbesitz in Form von Unternehmensanteilen (außer gehandelten Aktien, die bei den Berechnungen ab 1988 im Nettogeldvermögen enthalten sind) sowie das private Gebrauchsvermögen ist in diesen Berechnungen nicht enthalten. Im Unterschied dazu ist das Unternehmensvermögen auf der Grundlage von Einheitswerten in den Untersuchungen für die Jahre 1973 und 1983 im Gesamtvermögen berücksichtigt worden. Da das Unternehmensvermögen sehr ungleichmäßig verteilt ist, führt dies bei beiden Untersuchungen zu einem höheren Ausmaß an Ungleichheit. Trotzdem lassen die hier ausgewiesenen statistischen Kennzahlen einen Vergleich zu.

In Tabelle 1 findet sich eine Quintilsdarstellung der Verteilung des Nettogesamtvermögens der privaten Haushalte in Deutschland für den Zeitraum von 1973 bis 1998. Da sich in

**Tabelle 1: Quintilsdarstellung der Verteilung des Nettogesamtvermögens privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf Haushaltsebene von 1973 bis 1998**

Bezugsjahr	Anteile der Haushalte am Nettogesamtvermögen in %						
	1973 <sup>a</sup>	1983 <sup>b</sup>	1988 <sup>c</sup>	1993 (West) <sup>c</sup>	1998 (West) <sup>c</sup>	1993 (Ost) <sup>c</sup>	1998 (Ost) <sup>c</sup>
1. Quintil	0,8	-0,2	-0,7	0,0	-0,3	0,3	-0,3
2. Quintil	2,0	1,1	1,7	2,3	1,9	3,1	2,6
3. Quintil	5,7	5,5	7,4	10,4	9,5	6,4	7,4
4. Quintil	13,5	23,5	24,7	26,3	25,9	15,4	19,8
5. Quintil	78,0	70,1	66,9	61,0	63,0	74,8	70,3

Quellen: a) Mierheim/Wicke, 1978, S. 58; b) Schlomann, 1992, S. 137; c) Eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

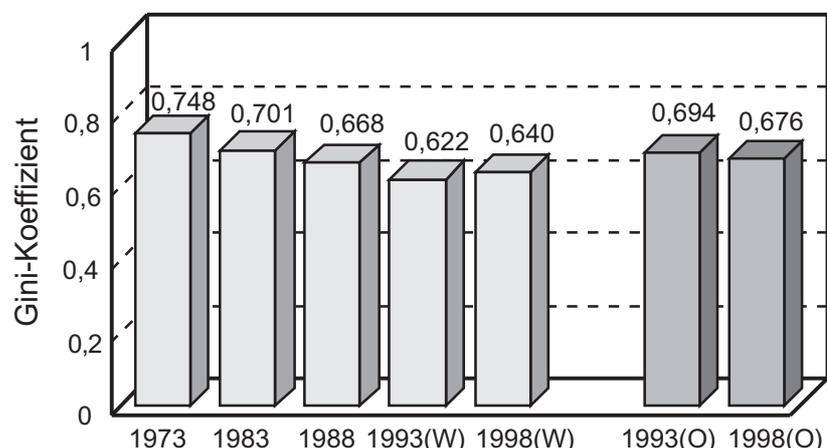
beiden Landesteilen unterschiedliche Entwicklungstendenzen gezeigt haben, sind West- und Ostdeutschland getrennt ausgewiesen. In einer Quintilsdarstellung werden alle Haushalte nach der Höhe ihres Vermögens geordnet und in fünf gleich große Gruppen unterteilt. Für jede dieser Gruppen ist nun der Anteil an der jeweils untersuchten Vermögensform getrennt ermittelbar, wie den Tabellen 1, 2 und 3 entnommen werden kann. Bei dieser Form der Analyse des Nettogesamtvermögens werden Verschiebungen in der Verteilungsstruktur erkennbar. Quintilsangaben über die Vermögensverteilung für die Jahre vor 1973 sind für Deutschland nicht verfügbar.

In beiden Landesteilen ist eine hohe Ungleichheit der Vermögensverteilung erkennbar. In Westdeutschland verfügen Haushalte im untersten Quintil über kein nennenswertes Vermögen. Im Gegenteil, diese Haushalte weisen in einigen Jahren sogar einen negativen Anteil am Gesamtvermögen aller Haushalte auf, d.h. dass die Gesamtschulden dieser Gruppe ihr Gesamtvermögen übersteigen. Auf der anderen Seite besitzen die oberen 20% der Haushalte einen Großteil des untersuchten Vermögens. Allerdings ist der Vermögensanteil, der von

dieser Bevölkerungsgruppe gehalten wird zwischen 1973 und 1993 von 78% auf 61% geschrumpft. Im Gegensatz dazu kann für die mittleren 60% der Bevölkerung im selben Zeitraum von einer Zunahme der Vermögensanteile gesprochen werden, der insbesondere zugunsten des vierten Quintils ausgefallen ist. Insgesamt ist die Vermögensungleichheit in diesen 20 Jahren also zurückgegangen. Anders stellt sich die westdeutsche Entwicklung zwischen 1993 und 1998 dar. Die unteren vier Quintile halten 1998 einen geringeren Anteil am Nettogesamtvermögen als fünf Jahre zuvor, während allein das oberste Quintil einen, wenn auch vergleichsweise geringen, Zuwachs vorweisen kann. Obwohl die These eines U-Turns aufgrund dieses Ergebnisses nicht uneingeschränkt bestätigt werden kann, so gibt es hiermit doch Hinweise darauf, dass nach einer langjährigen Phase der abnehmenden Konzentration der Vermögen dieser Trend zumindest zum Stillstand gekommen zu sein scheint oder sich sogar in sein Gegenteil verkehrt hat.

Die Situation in Ostdeutschland unterscheidet sich von der in Westdeutschland. Hier sind im Rahmen der EVS nur die nach der Wieder-

**Graphik 1: Gini-Koeffizienten für das Nettogesamtvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1998**



Quellen: Für 1973: Mierheim/Wicke, 1978, S. 59; für 1983: Schlomann, 1992, S. 139; ab 1988: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

**Tabelle 2: Quintilsdarstellung der Verteilung des Nettogeldvermögens privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf Haushaltsebene von 1983 bis 1998**

Bezugsjahr	Anteile der Haushalte am Nettogeldvermögen in %					
	1983 <sup>a</sup>	1988 <sup>b</sup>	1993 (West) <sup>b</sup>	1998 (West) <sup>b</sup>	1993 (Ost) <sup>b</sup>	1998 (Ost) <sup>b</sup>
1. Quintil	0,7	- 1,9	- 1,2	- 1,6	- 0,1	- 1,2
2. Quintil	4,6	4,1	4,7	3,3	7,3	4,4
3. Quintil	10,4	10,5	11,5	9,7	14,1	11,3
4. Quintil	20,7	21,2	21,9	21,1	24,3	21,7
5. Quintil	63,6	66,2	63,1	67,5	54,4	63,7

Quellen:a) Schlomann, 1992, S. 142; b) Eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

vereinigung durchgeführten Befragungen von 1993 und 1998 verfügbar. Erkennbar ist eine etwas ungleichmäßigere Vermögensverteilung als in Westdeutschland. Wie später noch gezeigt werden wird, ist dies durch eine hohe Konzentration des Immobilienvermögens bedingt. Insgesamt kann in Ostdeutschland von einer abnehmenden Ungleichheit der Nettogesamtvermögen gesprochen werden, wobei allerdings für die unteren 40% der ostdeutschen Haushalte eine leichte Verschlechterung ihrer Verteilungsposition festzustellen ist.

#### Gini-Koeffizient des Gesamtvermögens in Westdeutschland steigt wieder

Der Gini-Koeffizient ist eine geeignete Maßzahl um die Gleichheit oder Ungleichheit einer Verteilung darzustellen. Ein Gini-Koeffizient von 0 entspricht einer vollkommenen Gleichverteilung, während ein Wert von 1 eine vollkommene Ungleichverteilung anzeigt. Dies würde dem hypothetischen Fall entsprechen, dass ein Haushalt das gesamte Vermögen besitzen würde. Graphik 1 stellt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für das Nettogesamtvermögen seit 1973 dar.

Die schon durch die Quintilsdarstellung belegte Abnahme der Ungleichheit in Westdeutschland zwischen 1973 und 1993 sowie die anschließende Umkehr dieses Trends kann auch an der Entwicklung des Gini-Koeffizienten abgelesen werden. So sank der Gini-Koeffizient zwischen 1973 und 1993 sehr stark von 0,75 auf 0,62 ab, um bis 1998 wieder auf 0,64 anzusteigen. Anders gestaltet sich die Entwicklung in Ostdeutschland, wo der Gini-Koeffizient von 0,69 im Jahr 1993 auf 0,68 in 1998 leicht gesunken ist. Somit verdichten sich auf der Grundlage dieser zusammenfassenden Maßzahlen die Hinweise auf die Gültigkeit der These eines U-Turns im Westen der Bundesrepublik Deutschland.

#### Ungleichheit des Geldvermögens hat in West- und Ostdeutschland zugenommen

Ein Vorteil von Vermögensanalysen mit der EVS ist die Möglichkeit, das Geldvermögen und das Immobilienvermögen getrennt zu betrachten. Eine differenzierte Untersuchung dieser beiden Vermögensformen kann Hinwei-

se darauf geben, ob nur eine der beiden unterschiedenen Vermögensformen von der Trendumkehr betroffen ist. Da diese separierten Daten jedoch für das Jahr 1973 nicht verfügbar sind, beginnt die folgende Untersuchung erst mit dem Jahr 1983.

Die in der Tabelle 2 dargelegte Quintilsdarstellung für das Nettogeldvermögen lässt diesen im Vergleich zum Gesamtvermögen etwas gleichmäßigere Verteilung erkennen, da insbesondere die oberen 20% geringere Anteile am Geldvermögen aufweisen. Dies ist auch insoweit zu erwarten, als Geldvermögen im Gegensatz zum Immobilienvermögen in fast allen Haushalten vorhanden ist. Allerdings sind noch immer etwa zwei Drittel des Nettogeldvermögens in den Händen des obersten Quintils.

Auch bei der Untersuchung der zeitlichen Entwicklung zeigt sich der schon beim Gesamtvermögen festgestellte Trend. Während es in den Jahren 1983 bis 1993 in Westdeutschland zur einer gleichmäßigeren Verteilung des Nettogeldvermögens gekommen ist, wendet sich diese Entwicklung in den folgenden fünf Jahren in das Gegenteil um. Bis auf das nun zugewinnende oberste Quintil verlieren alle anderen Quintile Anteile am gesamten Nettogeldvermögen. Die Haushalte des obersten Quintils verfügen im Jahr 1998 über 67,5% des Nettogeldvermögens.

Eine analoge Entwicklung ist auch in Ostdeutschland erkennbar. Da das oberste Quintil

seinen Anteil am Geldvermögen von etwas über 50 Prozent im Jahr 1993 auf fast zwei Drittel im Jahr 1998 ausbauen konnte, ist der angesprochene Effekt sogar noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Dies bedeutet, dass in den letzten Jahren kein Trend zu einer gleichmäßigeren Geldvermögensverteilung zu beobachten ist, was beispielsweise aufgrund der stark angestiegenen Einkommen ostdeutscher Haushalte hätte erwartet werden können.

#### Die Eigentümerquote hat einen starken Einfluss auf die unterschiedliche Verteilung des Immobilienvermögens in Ost- und Westdeutschland

Tabelle 3 dokumentiert die sehr ungleiche Verteilung der Immobilienvermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Da in dieser Tabelle alle Haushalte aufgeführt sind, machen sich die Eigentümerquoten des Immobilienvermögens sehr stark bemerkbar. Diese betragen 1998 für Westdeutschland 49% und für Ostdeutschland 34%. Infolgedessen sind für die unteren zwei Quintile in Westdeutschland und die unteren drei Quintile in Ostdeutschland Anteile von 0% ausgewiesen.

In Westdeutschland ist in der Zeit von 1983 bis 1993 eine Entwicklung hin zu einer gleichmäßigeren Verteilung des Nettoimmobilienvermögens erkennbar, was insbesondere auch auf eine Erhöhung der Eigentümerquote zurückzuführen ist, die 1983 erst bei 45% lag. Dieser Trend kehrt sich in den darauffolgenden fünf Jahren um, so dass auch in dieser Betrachtungsweise eine Verschiebung der Anteile hin zu den oberen 20% der Haushalte zu beobachten ist. Somit bestätigt sich bei der Betrachtung des Immobilienvermögens die These von einem U-Turn in der Vermögensverteilung für Westdeutschland.

Anders ist die Situation in Ostdeutschland. Für das oberste Quintil sinkt der Anteil am Immobilienvermögen von 96% auf 90% und steigt für das nächste Quintil entsprechend von 4% auf 10% an. Hier wirkt sich eine zunehmende Erhöhung der Eigentümerquote in den östlichen Bundesländern aus, obwohl immer noch ein beträchtliches Ausmaß an Ungleichheit vorhanden ist. Die Eigentümerquote ist hier

**Tabelle 3: Quintilsdarstellung der Verteilung des Nettoimmobilienvermögens privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf Haushaltsebene von 1983 bis 1998**

Bezugsjahr	Anteile der Haushalte am Nettoimmobilienvermögen in %					
	1983 <sup>a</sup>	1988 <sup>b</sup>	1993 (West) <sup>b</sup>	1998 (West) <sup>b</sup>	1993 (Ost) <sup>b</sup>	1998 (Ost) <sup>b</sup>
1. Quintil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Quintil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Quintil	1,7	0,6	5,6	4,1	0,0	0,0
4. Quintil	23,4	24,6	27,9	27,5	3,8	9,5
5. Quintil	74,9	74,8	66,6	68,3	96,2	90,5

Quellen:a) Schlomann, 1992, S. 153; b) Eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

von 27% im Jahr 1993 auf 34% im Jahr 1998 gestiegen. Der Nachholeffekt bei der Schaffung von Immobilienvermögen, der für einen Teil der ostdeutschen Haushalte festzustellen ist, dürfte bei dieser Vermögensform einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilungsentwicklung haben.

#### Weitere Zunahme der Vermögensungleichheit wahrscheinlich

Es ist erkennbar geworden, dass das Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland sehr ungleich verteilt ist. Dies betrifft sowohl das Nettogeldvermögen als auch das Nettoimmobilienvermögen, wobei jedoch für letzteres ein besonders hohes Maß an Disparität festgestellt werden konnte. Die in anderen Ländern beobachtete Entwicklung der Trendumkehr weg von einer gleichmäßigeren hin zu einer ungleichmäßigeren Verteilung der Vermögen scheint sich zumindest auch für Westdeutschland anzudeuten. Inwieweit diese Entwicklung einem langfristigen Trend entspricht, werden erst die folgenden Jahre zeigen. Betrachtet man die gesamte Entwicklung zwischen 1993 und 1998, so ist nur in Ostdeutschland eine abnehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung zu beobachten, die auf eine stark steigende

Eigentümerquote beim Immobilienvermögen zurückzuführen ist.

Ob in der Zukunft Erbschaften zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung führen werden, kann nicht definitiv gesagt werden (allerdings ist im Falle der Erbschaften eher von einer gleichheitsverstärkenden Wirkung auszugehen, vgl. den Beitrag von Marc Szydlak in diesem Heft). Auch sind die Auswirkungen der anstehenden Rentenreform derzeit noch nicht abschätzbar. Denn in der jetzt geplanten Form einer freiwilligen Vorsorge kann davon ausgegangen werden, dass insbesondere jene Haushalte die Möglichkeiten der Sparförderung nutzen werden, die schon bisher über einen gewissen Vermögensbestand verfügten. Dies kann sogar eher zu einer Zunahme der Ungleichheit der Vermögensverteilung führen. Aber auch hinsichtlich dieser Frage wird eine abschließende Beurteilung erst in einigen Jahren möglich sein.

1 Die hier empirisch überprüfte Fragestellung eines U-Turns in der Vermögensverteilung ist von Ring und von Grüske in vorwiegend theoretischer Hinsicht erörtert worden. Eine ausführliche Analyse der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland ist derzeit in der Entstehung. Eine Buch-

publikation (Richard Hauser und Holger Stein: „Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland“) ist im Campus Verlag geplant. Sie ist, wie auch der hier vorliegende Artikel, das Ergebnis eines von der Citibank Stiftung finanzierten Forschungsprojektes.

#### Literaturangaben:

- Grüske, Karl-Dieter, 2000: Gilt der „U-Turn“ auch für Deutschland? S. 101-129 in: Lüdeke, Reinard, Scherf, Wolfgang, Steden, Werner (Hg.), *Wirtschaftswissenschaften im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Mierheim, Horst, Wicke, Lutz, 1978: *Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Ring, Alexander M., 2000: *Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main: Lang.
- Schlomann, Heinrich, 1992: *Vermögensverteilung und private Altersvorsorge*. Frankfurt am Main: Campus.

■ Holger Stein, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main  
Tel.: 069/798-23667

## Sozialbericht 2000 für die Schweiz

Der von Christian Suter herausgegebene Sozialbericht 2000 für die Schweiz liefert anhand von 75 Indikatoren ein detailliertes Bild der gesellschaftlichen Veränderungen und der gegenwärtigen sozialen Lage in der Schweiz. Der Bericht ist in fünf Abschnitte zu den Themen Güterverteilung, kulturelle Vielfalt, soziale Integration, politische Gestaltung und ökologische Integration untergliedert. Am Anfang dieser Abschnitte steht zunächst eine kompakte Darstellung der dem Thema zugeordneten 15 Indikatoren. Auf jeweils zwei Seiten finden sich hier graphisch gut aufbereitete Daten und eine ebenso kompakte wie sachkundige Zusammenfassung der in den Graphiken enthaltenen Informationen.

An diese einleitende Indikatorenübersicht schließt sich in jedem Abschnitt ein vertiefender Artikel an. Diese klare Aufgliederung in einen Indikatoren- und einen Vertiefungsteil wirkt sich sehr positiv auf die Nutzbarkeit des vorliegenden Berichts aus, sei es mit dem Ziel, einen schnellen Überblick über wichtige Entwicklungstendenzen der Schweizer Gesellschaft zu gewinnen oder als Einstieg in die weitere Lektüre.

Allerdings nehmen die Texte des Vertiefungsteils in recht unterschiedlichem Umfang Bezug auf die präsentierten Indikatoren. Besonders ausgeprägt ist dieser Bezug beim Vertiefungsartikel des Abschnitts zur sozialen Integration. Hier wird überzeugend erläutert, inwieweit die anhand der Indikatoren dargestell-

ten Entwicklungen in den Bereichen Familienstruktur, Armutsentwicklung, Sozialstaat und Kriminalität alle im Zusammenhang mit einem gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess von der Industrie- zur Multioptions- bzw. postindustriellen Gesellschaft zu verstehen sind. Im Gegensatz dazu bietet der Artikel zur kulturellen Vielfalt mit seinen zahlreichen Interviewzitatzen zwar ein äußerst lebendiges und lesenswertes Bild der beschriebenen sozialen Veränderungen und Verwerfungen, den Bezug zu den zuvor präsentierten Indikatoren stellt er jedoch bestenfalls am Rande her.

Dieser fehlende Bezug ist insbesondere deshalb bedauerlich, weil das zusammengetragene Datenmaterial und seine hervorragende Präsentation zweifelsohne ein Glanzstück dieser Arbeit darstellen. Beeindruckend ist vor allem der Umfang des Materials, das speziell für diesen Sozialbericht aus verschiedenen Quellen zusammengetragen wurde. Vor diesem Hintergrund kann auch die zum Teil recht starke Zusammenfassung unterschiedlicher Aspekte in den einzelnen Abschnitten (unter der Überschrift ‚Güterverteilung‘ sind z.B. Indikatoren zu Bildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Güterverteilung zusammengefasst) nicht ernsthaft bemängelt werden.

Summa summarum ist der Sozialbericht 2000 höchst informativ, klar gegliedert und interessant zu lesen. Dies macht ihn zur empfehlenswerten Lektüre für all diejenigen, die sich für



Sozialindikatorenforschung im allgemeinen oder die Gesellschaft der Schweiz im besonderen interessieren. Es bleibt noch anzumerken, dass der Sozialbericht 2000 auch als französischsprachige Ausgabe unter dem Titel Rapport Social 2000 erschienen ist.

- Christian Suter (Hg.), 2000: *Sozialbericht 2000*. Zürich: Seismo Verlag. ISBN 3-908239-77-X, Preis: SFr. 45,-/DM 56,30.
- Christian Suter, Claude Pahud (Hg.), 2000: *Rapport Social 2000*. Zürich: Seismo Verlag. ISBN 2-88351-022-9, Preis: SFr. 45,-/FF 185,00.

■ Bernhard Christoph, ZUMA  
Tel.: 0621/1246-244

# Wer hat, dem wird gegeben

## Befunde zu Erbschaften und Schenkungen in Deutschland

*In letzter Zeit erfahren Vermögensübertragungen zwischen Familienangehörigen zu Recht immer größere Beachtung. Dies liegt in erster Linie an der immensen Akkumulation privaten Reichtums nach dem Zweiten Weltkrieg. Eltern verfügen heutzutage über vielfältige Möglichkeiten, ihre Kinder zu unterstützen und damit deren Wohlstandsposition deutlich zu verbessern. Die Unterstützungsleistungen der Eltern beschränken sich längst nicht auf die Kindheit und Jugend ihrer Nachkommen. Jüngere empirische Analysen belegen eindrucksvoll, dass Eltern ihren erwachsenen Kindern bis ins hohe Alter monetäre Zuwendungen zuteil werden lassen. Es liegt auf der Hand, dass die Weitergabe von akkumuliertem Reichtum über die Familiengenerationen nicht nur zu Lebzeiten der Eltern, sondern in besonderem Maße nach ihrem Ableben erfolgt. Vererbungen von Eltern an Kinder tragen damit zur individuellen Vermögensbildung bei und haben entsprechend große Auswirkungen auf die Sozialstruktur und soziale Ungleichheit.*

Trotz des überaus wichtigen Themas ist derzeit leider nur wenig über Erbschaften bekannt. Die bislang zuverlässigsten, aber auch sehr groben Informationen stammen von Banken. Allerdings stehen hiermit nur pauschale Angaben zum gesamten Ausmaß der Erbschaften zur Verfügung. Empirische Analysen zu soziologischen Fragestellungen sind damit nicht möglich. Leider wird in bevölkerungsrepräsentativen Erhebungen nur sehr selten nach Erbschaften gefragt. Offenbar wird die Erbschaftsfrage als großes Wagnis empfunden. Die Erhebung von Vermögenswerten geht generell mit häufigen Antwortverweigerungen einher, und bei Erbschaften kommt noch hinzu, dass damit oftmals der Tod eines nahen Angehörigen angesprochen wird. Auch aus diesem Grunde handelt es sich bei Erbschaften um ein sensibles Thema.

Neuerdings liegen mit dem Alters-Survey Informationen zu Erbschaften in der Bundesrepublik Deutschland vor. Im folgenden sollen einige ausgewählte Befunde auf der Basis dieser Erhebung präsentiert werden. Dabei wurde nicht nur nach bisherigen, sondern auch nach zukünftigen Erbschaften gefragt, so dass eine Übersicht über die gesamten Erbschaften möglich ist. Der Alters-Survey wurde von der Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (Berlin) und der Forschungsgruppe Psychogerontologie (Nijmegen) in Kooperation mit infas-Sozialforschung (Bonn) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 1996 durchgeführt (die Verantwortung für die hier dokumentierten Befunde liegt beim Autor). Die bundesweit repräsentative Stichprobe von knapp 5.000 Befragungspersonen umfasst die 40-85jährigen Deutschen in Privathaushalten.

### Erbschaften von entfernten Verwandten spielen eine geringe Rolle

Oben wurde unterstellt, dass Erbschaften vorrangig auf die direkten Linienverwandten zurückgehen. Ist dies überhaupt der Fall? Muss man sich bei Erbschaften überhaupt mit Eltern-Kind-Beziehungen beschäftigen? Oder

spricht doch einiges für die reiche südamerikanische Erbtante, deren unbetrauertes Ableben ihren Erben unvermittelt und unverhofft zu Reichtum und Vermögen verhilft?

Graphik 1 dokumentiert, woher die Erbschaften stammen. 71% der Erben geben an, dass sie von den Nachlässen ihrer Eltern profitiert haben, und bei 37% waren es die Schwiegereltern. Es sind also nicht weit entfernte, womöglich unbekannte Personen, die für den größten Teil der Vererbungen verantwortlich sind, sondern es sind die direkten Linienverwandten, und zwar vornehmlich die Mütter und Väter. Damit bestätigt sich, dass der finanzielle Gewinn durch eine Erbschaft in den meisten Fällen mit großen persönlichen Verlusten einhergeht. Der Erbfall wird damit zu einem ambivalenten Ereignis. Dies wird auch nicht durch die 14% der Nutznießer anderer Erblasser widerlegt, da hierunter nicht zuletzt Erbschaften durch den Tod des Ehepartners fallen. Wer sich mit Erbschaften beschäftigt, kommt jedenfalls nicht umhin, sich mit den Generationenbeziehungen in der Familie zu befassen.

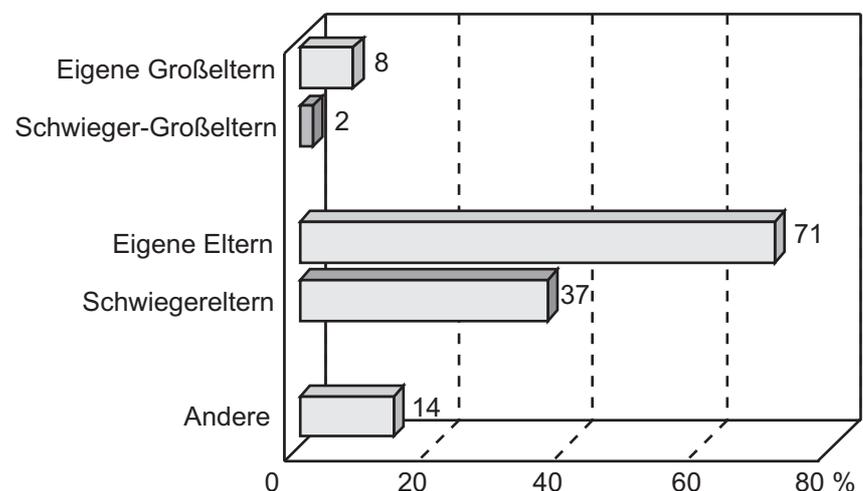
### Die Hälfte der Befragten hat bereits etwas geerbt

Bislang existieren keine Standards für die Erhebung von intergenerationalen monetären Transfers zu Lebzeiten und danach. Daher ist es notwendig, das jeweils zugrunde liegende Messkonzept zu explizieren. Der Alters-Survey beinhaltet zwar ‚lediglich‘ die 40-85jährigen, es werden jedoch alle Erbschaften erhoben, also auch diejenigen, die vor dem vierzigsten Lebensjahr erfolgten. Zudem wird auch nach solchen Erbschaften gefragt, die man zukünftig erwartet. Da Erbschaften zuallererst auf Nachlässe der Eltern zurückgehen, müssen die Befragten bei den zukünftigen Nachlässen lediglich wissen, ob ihre Eltern noch leben, und ob diese etwas zu vererben haben. Zusätzlich dazu wird erhoben, von wem die Erbschaften stammen, und wie hoch die Nachlässe ausgefallen sind bzw. ausfallen werden.<sup>1</sup>

Welcher Anteil der Befragten hat bis zum Erhebungszeitpunkt bereits etwas geerbt? Da die meisten Erbschaften auf die Eltern zurückgehen, werden in der zweiten Graphik nur solche Personen berücksichtigt, deren Eltern bereits verstorben sind. Wenn man auch die kleinsten Nachlässe, also diejenigen unter 5.000 DM einbezieht, ergibt sich eine Erbschaftsquote von 53%. Nach Ausschluss dieser marginalen Erbschaften sinkt der Anteil auf 43% (wenn man alle Personen berücksichtigt, also auch diejenigen mit lebenden Eltern, ergibt sich ein Anteil von insgesamt 47% mit einer Erbschaft bzw. von 38% mit einer Erbschaft ab 5.000 DM vor dem Befragungszeitpunkt).

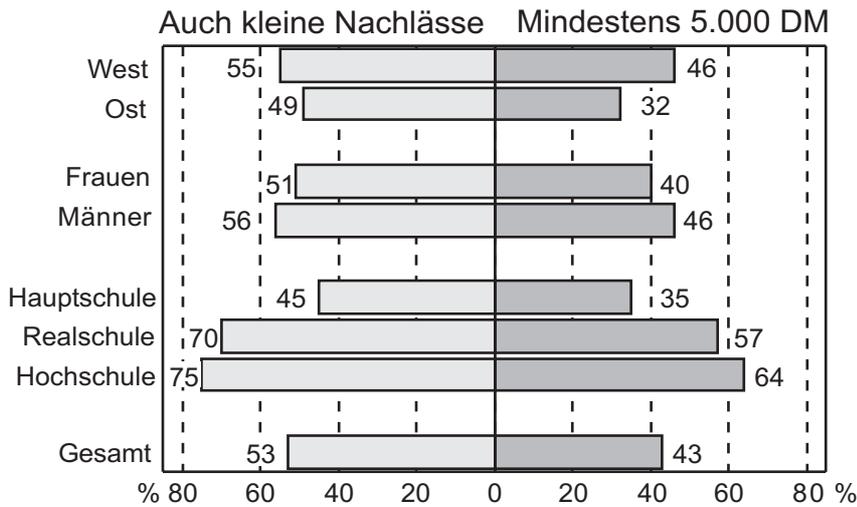
Westdeutsche erben häufiger als Ostdeutsche, aber die Differenz wird augenscheinlicher, wenn man die sehr kleinen Nachlässe ausschließt. Ein Drittel der 40-85jährigen Ostdeutschen mit verstorbenen Eltern hat bis zum Jahre 1996 mindestens 5.000 DM geerbt – dies trifft allerdings auf 46% der Westdeutschen zu. Frauen haben bisher etwas seltener geerbt als Männer, aber die Differenz ist nicht sehr be-

Graphik 1: Die Erblasser



Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen.

**Graphik 2: Bisherige Erbschaften (Eltern sind verstorben)**



Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen.

eindruckend. Zudem sind Frauen in den älteren Geburtsjahrgängen überrepräsentiert, so dass ihre Eltern relativ wenig am Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg partizipieren und entsprechendes Vermögen aufbauen konnten. Dies verweist auf die Notwendigkeit multivariater Analysen (s.u.). Von größerer Bedeutung sind die Unterschiede zwischen den Bildungsschichten: Lediglich ein gutes Drittel der Hauptschulabsolventen hat bislang mindestens 5.000 DM geerbt. Bei den Akademikern trifft dies auf fast zwei Drittel zu.

**Westdeutsche und Akademiker erben erheblich mehr**

Die bisherigen Erbschaften sind allerdings nur bedingt aussagekräftig. Im Endeffekt möchte man wissen, wer insgesamt wie viel erbt. Für Graphik 3 werden daher die bisherigen und zukünftigen Erbschaften zusammengefasst. Hierbei sind sowohl Erben als auch Nichterben berücksichtigt. Für die Frage nach der Bedeutung von Vererbungen für soziale Ungleichheit ist es nicht ausreichend, lediglich die Erben zu betrachten. Damit würden all diejenigen vernachlässigt, deren Vorfahren (außer Schulden und Kosten) nichts hinterlassen haben oder deren Erbschaft nur aus einigen wenigen Erinnerungsstücken ohne besonderen materiellen Wert besteht. Erst wenn man die Nichterben einbezieht, lässt sich eine fundierte Aussage über die Auswirkungen von Vererbungen auf soziale Ungleichheit treffen.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden in Graphik 3 die Personenanteile mit einer Erbschaft von *mindestens* 25.000 DM bzw. *mindestens* 100.000 DM zusammengefasst (ausführlich: Szydlik 2000). Es werden zum Teil beträchtliche Summen vermacht. Diese sind allerdings sehr ungleich verteilt. Knapp ein Drittel der 40-85jährigen Deutschen erbt mindestens 25.000 DM, ein Sechstel kommt auf ein Minimum von 100.000 DM. Beinahe vier

von zehn Westdeutschen erben zumindest 25.000 DM – im Vergleich zu 15% der Ostdeutschen. Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern fallen deutlich geringer aus. Dazu kommt, dass sie hauptsächlich auf die zukünftig erwarteten Erbschaften zurückgehen, was lediglich dafür spricht, dass Frauen etwas seltener als Männer den Tod eines nahen Verwandten antizipieren und von entsprechenden Nachlässen berichten wollen. Offenbar unterscheiden Eltern in Hinblick auf ihr Vermächtnis im Gegensatz zu früheren Zeiten heutzutage kaum noch zwischen Töchtern und Söhnen. Jeder zweite Akademiker erhält mehr als 25.000 DM – dies trifft lediglich auf jeden vierten Hauptschulabsolventen zu.

Bei höheren Summen werden die Diskrepanzen noch augenfälliger. Jeder fünfte Westdeutsche – aber nur jeder zwanzigste Ostdeutsche – erbt mindestens eine Summe von 100.000 DM. So viel Geld erhält auch fast jeder dritte

Akademiker – aber nur jeder achte Hauptschulabsolvent. Im Schnitt liegen die Erbschaftshöhen – unter Berücksichtigung der Nichterben und kleiner Nachlässe – von Westdeutschen bei 110.000 DM, die von Ostdeutschen bei 32.000 DM, die von Hauptschulabgängern bei 65.000 DM sowie die von Akademikern bei 160.000 DM.<sup>2</sup>

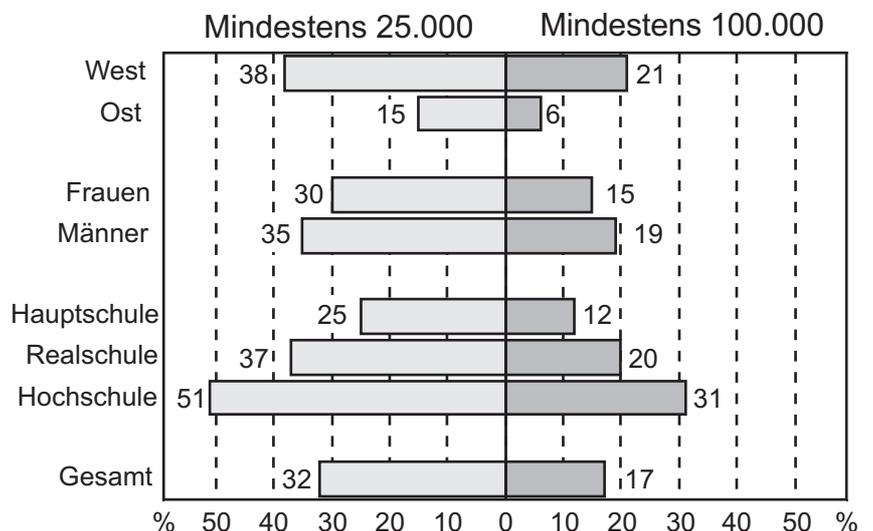
Bei der Bewertung dieser Befunde ist es wichtig, sich die relative Größe dieser Bevölkerungsgruppen in Erinnerung zu rufen. Akademiker stellen 15% der 40-85jährigen, und Realschulabsolventen kommen auf 20%, aber über 60% sind ehemalige Hauptschüler.<sup>3</sup> Die zahlenmäßig größte Bevölkerungsgruppe verfügt also über besonders geringe Chancen, hohe Summen zu erben. Die kleinste Bildungsschicht erbt mit Abstand am häufigsten und am meisten.

**Die jüngere Generation erbt häufiger**

Zur Absicherung und Erweiterung der bisher vorgestellten Befunde wurden multivariate Analysen zu bisherigen und zukünftigen Erbschaften durchgeführt. Diese bestätigen, dass Ostdeutsche wesentlich seltener erben als Westdeutsche, und dies gilt auch für Hauptschulabsolventen im Vergleich mit Realschulabgängern, Abiturienten ohne Hochschulabschluss und Akademikern. Bei bisherigen Erbschaften zeigt sich – im Gegensatz zu den zukünftig erwarteten Nachlässen – zwischen Frauen und Männern keine Differenz. Da die meisten Erbschaften auf die Eltern zurückgehen, hängt der Erhalt bisheriger Nachlässe und die Erwartung eines zukünftigen Vermächtnisses natürlich stark davon ab, ob die Eltern bzw. Schwiegereltern bereits verstorben sind.

Ein weiterer Einflussfaktor ist die Geburtskohorte. Die zwischen 1942 und 1956 Geborenen, also die jüngeren Befragungspersonen, kommen deutlich häufiger in den Genuss von Nachlässen. Dies dürfte an den besseren Chan-

**Graphik 3: Wer erbt wieviel?**



Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen.

cen ihrer Eltern liegen, vom Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg profitiert zu haben. Für diese Erklärung spricht auch, dass die Kohorteneffekte im wesentlichen auf Westdeutsche zurückgehen.

Interessant ist ebenfalls, dass die Erbschaftswahrscheinlichkeit mit der Geschwisterzahl sinkt. Dies kann daran liegen, dass Eltern mit mehreren Kindern am Lebensende weniger zu vererben haben. Es ist aber aufgrund dieses Befundes auch nicht auszuschließen, dass Geschwister als Konkurrenten um das Vermögen der Eltern in Erscheinung treten.

Schließlich wird die ungleichheitsverstärkende Wirkung von Erbschaften durch weitere Befunde bestätigt. Wer bereits Immobilienbesitzer ist, erwartet in Zukunft sogar eher eine Erbschaft. Genauso rechnen die Personen, die bereits etwas geerbt haben, wesentlich häufiger mit einem weiteren Nachlass.

**Wenige Vermögensübertragungen zu Lebzeiten**

Vererbungen sind nur eine Form der Weitergabe privaten Vermögens von einer Generation an die nächste. Eltern können ihren Besitz auch bereits zu ihren Lebzeiten an ihre Nachkommen übertragen. Immerhin dürfte es im Interesse der Kinder liegen, das Vermögen ihrer Eltern möglichst früh zu erhalten. Der höhere Lebensstandard kann dann besonders lange genossen werden, und die Besitzübertragung erfolgt nicht erst zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kinder bereits selbst ein eigenes Vermögen aufgebaut haben. In manchen Fällen können auch Steuervorteile für vorgezogene Vererbungen sprechen. Man könnte also argumentieren, dass Schenkungen zu Lebzeiten die späteren Vererbungen in den Schatten stellen und somit deren Relevanz einschränken. Dies gilt nicht zuletzt für die sozialen Folgen von Erbschaften.

Inwieweit wird der größte Teil des elterlichen Vermögens also bereits zu Lebzeiten der Eltern an die Kinder weitergegeben, so dass die späteren Vererbungen – und damit ihre ungleichheitsverstärkende Wirkung – als relativ unbedeutend einzuschätzen sind? Graphik 4 dokumentiert, dass lediglich ein Achtel der Befragungspersonen überhaupt vom Erhalt von Schenkungen berichtet, und nur knapp ein Zehntel bestätigt Schenkungen von den Eltern. Dabei ist die Frage breit gestellt. Sie beinhaltet nicht nur Vermögensübertragungen, sondern auch regelmäßige Ausbildungsunterstützungen, wie zum Beispiel die Zahlungen der Eltern während des Studiums.<sup>4</sup> Damit wird klar, dass Vermögensübertragungen zu Lebzeiten eine wesentlich kleinere Rolle spielen als Vererbungen. Obwohl Eltern ihren erwachsenen Kindern zeitlebens Transfers zukommen lassen, z.B. in Form von Geld- oder Sachgeschenken, gehen sie dann doch nicht so weit, ihr Vermögen bereits zu Lebzeiten zu übertragen. Dies macht auch Sinn, wenn man bedenkt, dass Eltern eine Reihe von Gründen haben, ihren Besitz nicht frühzeitig aus der Hand zu geben. Immerhin würden sie mit dem Vermögen ihre ökonomische Selbständigkeit aufgeben. Man hat nicht das halbe Leben lang für die Abbezahlung des Hauses oder der Wohnung gearbeitet, um dann, sobald es schuldenfrei ist, im Haus der Kinder zu leben. Außerdem verliert man mit der Schenkung die Kontrolle darüber, was mit dem Besitz geschieht. Zudem ist ungewiss, ob die Kinder weiterhin den Kontakt pflegen und für Hilfeleistungen zur Verfügung stehen, wenn sie bereits alles erhalten haben. Jedenfalls wird der Erbenspruch „Mit warmer Hand gibt’s sich besser als mit kalter“ wesentlich seltener befolgt als die Maxime „Du sollst das letzte Hemd nicht hergeben, das dich selbst noch wärmt“.

Vermögensübertragungen zu Lebzeiten können den oben skizzierten Befund von der ungleichheitsverstärkenden Wirkung von Erb-

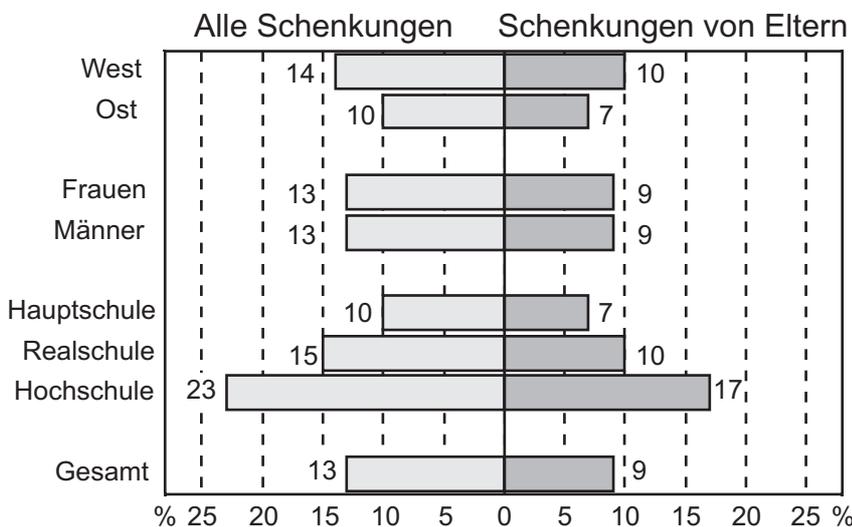
schaften aber auch deshalb nicht erschüttern, weil die Schenkungen ebenfalls demselben Muster folgen. Westdeutsche erhalten häufiger große Geldbeträge oder Sachwerte als Ostdeutsche. Frauen und Männer liegen auch hier gleichauf. Und Hauptschulabgänger werden von den anderen Bildungsschichten auch in punkto Schenkungen deutlich übertroffen. Lediglich ein Zehntel der zahlenmäßig größten Bildungsschicht gibt an, jemals große Geldbeträge oder Sachwerte erhalten zu haben – die Quote der Akademiker ist mehr als doppelt so hoch. Dies gilt auch, wenn lediglich die Leistungen der Eltern berücksichtigt werden.

**Wer hat, dem wird gegeben**

Erbschaften gehen häufig mit beeindruckenden Vermögenszuwächsen einher – allerdings im wesentlichen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Vererbungen – und auch Schenkungen – führen nicht dazu, Benachteiligungen auszugleichen. Wer nichts hat, bekommt in der Regel auch nichts dazu. Im Gegenteil gilt das Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben“. Vermögende erhalten noch mehr Vermögen, Wohlhabende werden reich, Reiche noch reicher. Dabei darf man nicht vergessen, dass diese Vermögenszuwächse im allgemeinen nicht auf eine dem Wert der Erbschaft entsprechende eigene Arbeitsleistung zurückgehen. Zudem hält sich deren Besteuerung – wenn sie überhaupt erfolgt – in engen Grenzen.

Damit verweisen die Befunde auf den ambivalenten Charakter innerfamiliärer Solidarleistungen. Kinder schichthöherer Eltern gehen eher auf das Gymnasium, besuchen eher eine Hochschule, erhalten von den Eltern eher finanzielle Unterstützungen, erreichen bessere Berufe, erhalten von ihren Eltern eher größere Schenkungen und machen schließlich häufiger – und vor allem höhere – Erbschaften. Wohlhabende Eltern können ihre Kinder auf vielfältige Weise unterstützen. Ärmere Eltern sind hierzu nicht in der Lage. Soziale Ungleichheit in der Elterngeneration führt somit zu sozialer Ungleichheit in der Kindergeneration. Familiäre Solidarität und soziale Ungleichheit stehen in der Tat in einem prekären Verhältnis.

**Graphik 4: Wer erbt wieviel?**



Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen.

1 Die Erbschaftsfragen des Alters-Survey lauten: „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner schon einmal etwas geerbt? Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe“. Wenn diese Frage bejaht wurde: „Aus dem Nachlass welcher Personen stammt diese Erbschaft bzw. stammen diese Erbschaften? Bitte kreuzen Sie alle Personen an, von denen Sie etwas geerbt haben!; Eigene Eltern; Eltern des (Ehe-)Partners; Großeltern; Großeltern des (Ehe-)Partners; Andere (bitte angeben). Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen, wie hoch wäre der heutige Wert dieser Erbschaften in etwa insgesamt?: unter 5.000 DM; 5.000 bis unter 25.000 DM; 25.000 bis unter

- 100.000 DM; 100.000 bis unter 500.000 DM; 500.000 bis unter 1.000.000 DM; 1.000.000 DM und darüber“. Die nächste Frage bezieht sich auf zukünftige Erbschaften: „Erwarten Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in Zukunft eine oder mehrere Erbschaften? Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe“. Bei einer Bejahung dieser Frage wurde wiederum mittels der bereits genannten Betragsgruppen erhoben: „Wie hoch könnte insgesamt der Wert dieser Nachlässe ungefähr ausfallen?“.
- 2 Wenn man lediglich die Erben berücksichtigt und marginale Nachlässe unter 5.000 DM ausschließt, ergibt sich eine mittlere Erbschaftshöhe von 200.000 DM. Westdeutsche erhalten im Schnitt mehr als doppelt so viel wie ostdeutsche Erben (213.000 vs. 102.000 DM). Zwischen Frauen und Männern ergibt sich eine wesentlich geringere Differenz (190.000 vs. 205.000 DM). Dagegen erhalten Akademiker mit 240.000

DM deutlich mehr als Erben mit einem Hauptschul- oder Realschulabschluss (170.000 bzw. 205.000 DM). Allerdings sind aufgrund der kategorialen Erhebung der Erbschaftshöhen diese Mittelwerte mit etwas Vorsicht zu genießen.

- 3 Die übrigen 5% sind Abiturienten ohne Hochschulabschluss. Da es sich also nur um relativ wenige Personen handelt, sind sie in den Graphiken nicht berücksichtigt. Bei den multivariaten Analysen bilden sie jedoch eine eigene Referenzgruppe, wobei deren Koeffizienten dem dargestellten Muster entsprechen.
- 4 Der Alters-Survey fragt: „Wenn Sie nun an große Geldbeträge oder Sachwerte denken, wie zum Beispiel große Geldbeträge für besondere Anschaffungen, außergewöhnliche Geschenke oder langjährige regelmäßige Unterstützungen während der Ausbildungszeit (...) und von möglichen Erbschaften einmal absehen: Haben Sie **jemals vor 1995** große Geldbeträge oder Sachwerte

von Eltern, Kindern, Enkeln oder anderen Verwandten, Freunden oder Bekannten geschenkt bekommen?“. Wenn die Frage bejaht wurde: „Von welcher Person oder welchen Personen war das?“.

Kohli, Martin, Künemund, Harald (Hrsg.), 2000: *Die zweite Lebenshälfte – Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen: Leske + Budrich.

Kohli, Martin, Künemund, Harald, Motel, Andreas, Szydlík, Marc, 2000: *Grunddaten zur Lebenssituation der 40-85jährigen deutschen Bevölkerung – Ergebnisse des Alters-Survey*. Berlin: Weißensee Verlag.

Szydlík, Marc, 2000: *Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern*. Opladen: Leske + Budrich.

■ **Marc Szydlík, Universität Erfurt**  
Tel.: 0361/737-4901

## Soziale Indikatoren auf Kongressen

Ende September und Anfang Oktober fanden an der Universität zu Köln der 30. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und die „Fifth International Conference on Social Science Methodology“ statt. Auf beiden Konferenzen war die Sozialindikatorenforschung mit Veranstaltungen vertreten.

Der 30. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie stand unter dem Motto „Gute Gesellschaft? Zur Konstruktion sozialer Ordnungen“. Die Sektion Sozialindikatoren der DGS organisierte in diesem Rahmen eine Veranstaltung zum Thema „Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Integration: Messkonzepte und Indikatoren für eine ‚gute Gesellschaft‘“. Im Vordergrund stand hier also die Frage wie drei zentrale Konzepte einer ‚guten Gesellschaft‘ mithilfe von Indikatoren operationalisiert und einer empirischen Beobachtung und Analyse zugänglich gemacht werden können. Die insgesamt sieben Vorträge befassten sich mit unterschiedlichen Aspekten dieser Thematik. Christian Suter (Zürich) stellte zunächst den kürzlich erschienenen schweizerischen Sozialbericht vor (vgl. die Besprechung in diesem Heft) und präsentierte auf dieser Informationsgrundlage Befunde zum Wandel von Lebensqualität, nachhaltiger Entwicklung und gesellschaftlicher Integration in der Schweiz. Regina Berger-Schmitt (Mannheim) diskutierte das Verhältnis von Lebensqualität und Nachhaltigkeit und präsentierte Operationalisierungsvorschläge und Indikatoren sowie entsprechende Zeitreihendaten für eine Reihe von europäischen Ländern. Bernhard Ebbinghaus (Köln) befasste sich mit der gesellschaftlichen Integration der Gewerkschaften in Europa und stellte vergleichende Indikatoren zur Organi-

sations- und Mitgliederentwicklung vor. Jürgen Schupp (Berlin) warf die Frage auf, woran eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu messen sei und diskutierte Indikatoren für prekäre Beschäftigung. Stephan Ganter (Mannheim) beschäftigte sich mit einem anderen Aspekt gesellschaftlicher Integration – der gesellschaftspolitisch brisanten Frage der Integration von Ausländern – und problematisierte in seinem Vortrag die Eignung herkömmlicher Indikatoren zur Messung interethnischer Beziehungen. Stefan Weick (Mannheim) präsentierte – ebenfalls zu diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema – Analysen zur Integration von Zuwanderern in Deutschland, und Laszlo Vaskovics (Bamberg) stellte schließlich Konzepte und Indikatoren vor, die geeignet sind, die Familienverträglichkeit politischer Maßnahmen zu beurteilen. Die Veranstaltung war gut besucht, und das Interesse an den Vorträgen kam in den lebhaften Diskussionen zum Ausdruck.

Die „Fifth International Conference on Social Science Methodology“ war eine Veranstaltung des Research Committee 33 der International Sociological Association. Mit der Organisation von insgesamt vier Veranstaltungen zum Thema „Index-Construction: Methods of Aggregating Indicators of Social and Economic Well-Being“ wurde dem vor allem im inter-

nationalen Rahmen zunehmenden Interesse an Fragen der Aggregation und Verdichtung von Informationen Rechnung getragen. Gefordert werden entsprechende Instrumente von den verschiedensten Informationsnutzern, nicht zuletzt auch aus dem Bereich der Politik. Die insgesamt 14 Vorträge von Referenten aus acht Ländern präsentierten Vorschläge für aggregierte Wohlfahrtsindizes und diskutierten verschiedene methodische Probleme der Konstruktion und Applikation von derartigen Maßen für die Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen. Unter den präsentierten Vorschlägen waren sowohl aggregatdatenbasierte als auch mikrodatenbasierte Ansätze. Die Anwendungsbeispiele reichten von der Untersuchung regionaler Disparitäten, über die Armutsmessung bis zur Messung nachhaltiger Entwicklung und der Beobachtung sozialen Fortschritts in Hongkong. Die überwiegend sehr gut besuchten Veranstaltungen dokumentierten einerseits das große Interesse an den aufgeworfenen Fragen, sie machten aber auch auf viele noch ungelöste methodische Probleme aufmerksam, die sich bei der Konstruktion geeigneter „composite“ Indices stellen. Man darf gespannt sein, wie sich dieses Forschungsfeld weiter entwickelt und zu welchen Ergebnissen die zahlreichen aktuellen Arbeiten auf diesem Gebiet führen. Die präsentierten Papers stehen auf der folgenden Website teilweise zum Download zur Verfügung: <http://www.gesis.org/dauerbeobachtung/sozialindikatoren/prelprog-koeln.htm>.

■ **Heinz-Herbert Noll**  
Tel.: 0621/1246-241

# Digitales Informationssystem Soziale Indikatoren (DISI) 2.0

– Ein neues Produkt der Abteilung Soziale Indikatoren –

Im Dezember 2000 ist mit DISI 2.0 eine komplett neu gestaltete, aktualisierte und erweiterte Version des Digitalen Informationssystems Soziale Indikatoren erschienen. Sie bietet einen einfachen und komfortablen Zugang zu den Daten des Systems sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland.

Mit dem System Sozialer Indikatoren werden statistische Informationen bereitgestellt, die es erlauben, Zustand und Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen sowie der subjektiven Lebensqualität der Bürger im Sinne eines regelmäßigen ‚monitoring‘ zu messen, zu beschreiben und zu analysieren. Dabei beginnt der von den Daten abgedeckte Beobachtungszeitraum im Jahr 1950 und reicht bis zum Ende der neunziger Jahre. Seit den frühen neunziger Jahren liegen Daten für das gesamte Bundesgebiet vor, wobei zumeist auch separate Zeitreihen für Ost- und Westdeutschland ausgewiesen werden.

Insgesamt umfasst das System Sozialer Indikatoren nahezu 400 Indikatoren mit weit über 3000 Zeitreihen, die in den meisten Fällen nach verschiedenen sozialen Merkmalen disaggregiert sind und so auch Informationen über die soziale Lage einzelner Bevölkerungsgruppen bieten. Die Zeitreihendaten beschreiben die Wohlfahrtsentwicklung und den sozialstrukturellen Wandel in den folgenden 14 Lebens- bzw. Politikbereichen:

- Bevölkerung
- Sozioökonomische Gliederung und Schichtestufung
- Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen
- Einkommen und seine Verteilung
- Einkommensverwendung und Versorgung
- Verkehr
- Wohnung
- Gesundheit
- Bildung
- Partizipation
- Umwelt
- Öffentliche Sicherheit und Kriminalität
- Freizeit und Mediennutzung
- Allgemeine Wohlfahrtsmaße

Die Auswahl der verwendeten Indikatoren ist sowohl theoretisch als auch gesellschaftspolitisch begründet und in erster Linie für die Wohlfahrtsmessung ausgelegt, dient aber zugleich auch der Beobachtung des sozialstrukturellen Wandels auf der Makroebene. Die Mehrzahl der Indikatoren misst den Grad zu dem wohlfahrtsbezogene gesellschaftliche Werte und Ziele in den jeweiligen Lebens- oder

Politikbereichen erreicht werden. Unter Wohlfahrt sind in diesem Zusammenhang sowohl die das ‚individuelle Wohl‘ bestimmenden objektiven Lebensbedingungen als auch die darauf bezogenen subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Bürger zu verstehen. Das System Sozialer Indikatoren bietet damit eine Datenbasis, die es erlaubt, eine Bewertung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bevölkerung und deren Wandel über die Zeit vorzunehmen und die zu beobachtenden Entwicklungstrends als Verbesserung oder Verschlechterung der Lebensverhältnisse zu interpretieren.

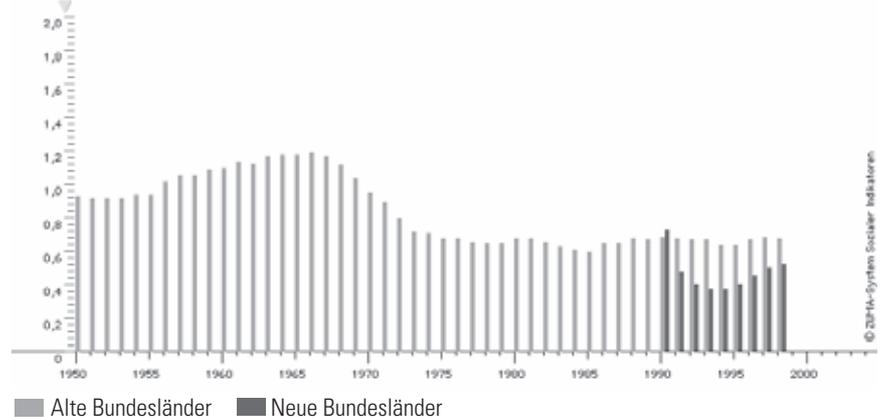
Das System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland stützt sich auf Daten aus den verschiedensten Quellen. Dazu gehören in erster Linie Erhebungen und Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und anderer Institutionen, die Daten der

amtlichen Statistik bereitstellen, wie z.B. der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundeskriminalamtes oder der Rentenversicherungsträger. Hinzu kommen eine Vielzahl von Datenquellen außerhalb der amtlichen Statistik. In diesem Zusammenhang sind insbesondere auf Zwecke der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung ausgerichtete Erhebungsprogramme aus der wissenschaftlichen Sozialforschung zu nennen, wie z.B. der Wohlfahrtssurvey, das Sozioökonomische Panel und der ALLBUS. Ergänzend finden aber auch Erhebungen der Markt- und Meinungsforschung Verwendung.

Gegenüber der früheren Version des Digitalen Informationssystems wurde der Funktionsumfang von DISI 2.0 stark erweitert.

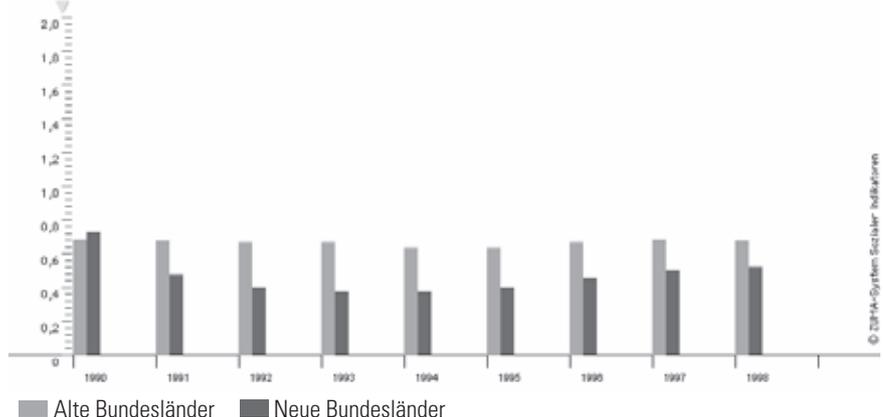
Wie das Beispiel der in Graphik 1 dargestellten Nettoreproduktionsrate verdeutlicht, lassen sich die mit DISI erstellten Zeitreihengraphi-

**Graphik 1: Entwicklung der Nettoreproduktionsrate in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt; System Sozialer Indikatoren

**Graphik 2: Entwicklung der Nettoreproduktionsrate in den alten und neuen Bundesländern seit 1990**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt; System Sozialer Indikatoren

ken und Tabellen ausdrucken und in andere Anwendungen (z.B. in gängige Tabellenkalkulations- oder Graphikprogramme) exportieren. Hierbei kann eine Graphik bis zu sechs verschiedene Zeitreihen enthalten. Für ihre Erstellung können sowohl Zeitreihen eines Indikators als auch aus verschiedenen Indikatoren kombinierte Zeitreihensets verwendet werden. Außerdem ist es möglich, diese individuellen Zusammenstellungen von Zeitreihen für eine spätere Weiterbearbeitung abzuspeichern. Sollte für die Beantwortung einer bestimmten Frage nur die Entwicklung innerhalb eines spezifischen Zeitabschnitts von Interesse sein, so steht ein Zoom-Modus zur Verfügung, mit dem die Darstellung auf eine zusammenhängende Periode oder auf einzelne ausgewählte Jahre eingeschränkt werden kann. Ein Beispiel hierfür findet sich in Graphik 2.

Dort wurde der Beobachtungszeitraum der auch in Graphik 1 dargestellten Nettoreproduktionsrate zu Zwecken des Ost-West Vergleichs auf die Jahre seit 1990 beschränkt. Anhand der Graphik lässt sich der Rückgang der Nettoreproduktionsrate in Ostdeutschland während dieser Jahre anschaulich nachvollziehen.

Neben der Darstellung der Zeitreihendaten wurde auch der Datenzugang grundlegend überarbeitet. In der Version 2.0 stellt DISI den Benutzern zwei alternative Möglichkeiten des Datenzugriffs zur Verfügung: entweder über die nach der Systematik der oben dargestellten Lebensbereiche geordneten Register oder über eine komfortable Suchfunktion. Mit letzterer kann in den Indikatorenamen, den Indikatordefinitionen, den Zeitreihenaufgliederungen oder den Datenquellen nach einzelnen Begriffen oder Begriffskombinationen gesucht werden. Dabei lässt sich die Suche auch auf einzelne Lebensbereiche beschränken.

Da DISI 2.0 komplett zweisprachig (deutsch/englisch) ausgeführt wurde, wird auch einem internationalen Publikum die Nutzung dieses Informationssystems zur sozialen Situation und zur gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht.

DISI 2.0 läuft auf allen PC mit Windows 9x bzw. NT/2000, die mit einem Pentium (oder kompatiblen) Prozessor ab 166 MHz ausgestattet sind. Darüber hinaus sollte der PC über 32 Megabyte Hauptspeicher, eine VGA-Gra-

phikkarte mit mindestens 2 Megabyte Graphikspeicher und über ca. 25 Megabyte freien Platz auf der Festplatte verfügen.

Auch die Preisgestaltung und der Vertrieb von DISI haben sich verändert. DISI 2.0 ist alternativ als CD-ROM Version (gegen einen Unkostenbeitrag von DM 30,-) oder als kostenloser Download erhältlich. Bestellungen bitte an ZUMA, Abteilung Soziale Indikatoren, Postfach 122 155, 68072 Mannheim. Weitere Informationen und kostenloser Download unter <http://www.gesis.org/disi> (Der ZUMA Webserver wurde zum 1.2.2001 umgestellt. Die Seite wird für eine Übergangszeit auch noch unter <http://www.zuma-mannheim.de/disi> erreichbar sein).

ZUMA, Abteilung Soziale Indikatoren: *Digitales Informationssystem Soziale Indikatoren (DISI) 2.0. Preis: DM 30,- (CD-ROM Version)/ kostenlos (Download).*

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-244

## „Reich und arm“ aus internationaler und intranationaler Perspektive

Sozio-ökonomische Ungleichheit sowie die Wahrnehmung und die Konsequenzen des Verhältnisses zwischen Reich und Arm, im inner- wie auch im zwischengesellschaftlichen Kontext waren das Thema einer zweitägigen internationalen Konferenz, die am 13. und 14. Oktober 2000 am WZB in Berlin stattfand. Die Veranstaltung wurde unter dem Titel „*Rich and Poor – Disparities, Perceptions, Consequences*“ von der Working Group 6 „Social Indicators and Social Reporting“ der International Sociological Association (ISA) in Kooperation mit der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ des WZB durchgeführt. Sie wurde von Prof. Dr. Wolfgang Glatzer (Frankfurt am Main), dem Sprecher der ISA Working Group, organisiert und durch die Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des WZB – insbesondere deren Direktor Prof. Dr. Wolfgang Zapf, die Hans Böckler-Stiftung (Düsseldorf), die Josef Popper-Nährpflicht-Stiftung (Frankfurt am Main) sowie durch den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main finanziell unterstützt.

Das Konferenzthema war in sieben Blöcke gegliedert, in denen 26 Beiträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus insgesamt 19 Nationen vorgestellt wurden. Im

Mittelpunkt des ersten Themenblocks standen *Global Disparities between Rich and Poor*. Hierbei ging es insbesondere um Definitionen und Konzepte von Armut und um Unterschiede zwischen Ländern auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen sowie Konsequenzen solcher Unterschiede. Außerdem wurde anhand einiger Fallstudien dargestellt, dass es entsprechende Differenzen auch zwischen hochentwickelten Ländern gibt. Im zweiten Themenblock ging es um *Intranational Disparities*, wobei vier länderspezifische „Fallstudien“ mehr oder weniger wohlhabender Gesellschaften präsentiert wurden. Im dritten Block wurden *Poverty Problems in Local Contexts* thematisiert. Dort stand im Rahmen verschiedener konkreter Untersuchungen die Feststellung im Vordergrund, dass lokale Gegebenheiten einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung und Bekämpfung von Ungleichheit haben. Dass mit dem Begriff Armut auch nicht-monetäre Phänomene erfasst werden können, wurde am Beispiel des vierten Themenbereichs *The Challenge of Informational Poverty* aufgezeigt, in dem es um soziale Ungleichheiten bei der Nutzung moderner Informationstechnologien ging. Mit den Vorträgen zur *Subjective Perception of Rich and Poor Conditions* im fünften Themenbereich wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass Armut und Ausgrenzung auf der individuellen Ebene im-

mer auch ihren Niederschlag in subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen finden. Dies trifft sowohl für die Bewertung der eigenen Lebensumstände als auch auf die Beurteilung staatlicher Interventionen zu. Außerdem wurde in einigen Vorträgen darauf hingewiesen, dass „objektive“ Lebenslagen und deren „subjektive“ Wahrnehmung auch im Bereich von Armut und Ungleichheit nicht deckungsgleich sind. Im vorletzten Themenbereich wurden *The Dynamics of Poverty and Wealth* diskutiert; hier ging es um die Rolle von analytischen Perspektiven auf Einkommensarmut und um den Einfluss von NGOs (Nichtregierungs-Organisationen) auf die Beseitigung von Armut. Den Abschluss der Konferenz bildeten Beiträge zum Thema *Poverty and Wealth in the Context of Political and Economic Developments*. Dabei wurden so unterschiedliche Themen wie die Rolle von NGOs in den am wenigsten entwickelten Ländern, die Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten und sozialer Ungleichheit, sowie Bewertungen der aktuellen globalen Entwicklungen behandelt.

Insgesamt wurden in den Vorträgen zahlreiche Aspekte von Armut und Reichtum thematisiert und es fand sich ein breites Spektrum methodischer und konzeptioneller Ansätze. Wolfgang Glatzer unterstrich, dass For-

schungskonzepte über Armut untrennbar mit Forschungskonzepten über Reichtum verbunden sind. Während einige Referenten die dargestellten Verhältnisse – also die Unterschiede zwischen Reich und Arm – als gut oder schlecht bewerteten, sahen andere diese Ungleichheiten als strukturelle Merkmale an, die dem internen Zusammenhalt einer Gesellschaft wie auch dem Verhältnis zwischen Gesellschaften nicht notwendig schaden. Nachdem die Referenten selber über völlig verschiedene

Hintergründe verfügten (von etablierten Professoren zu vielversprechenden Nachwuchswissenschaftlern, von Personen im öffentlichen Dienst zu anderen in kommerziellen Institutionen, von Teilnehmern aus reicheren zu solchen, die aus ärmeren Ländern stammten), war die Atmosphäre der Konferenz offen, kommunikativ und kritisch zugleich. Diese Konferenz vermittelte einen guten Eindruck von der aktuellen Forschungsvielfalt zum Thema Armut und Reichtum sowie von damit zu-

sammenhängenden Theorien und empirischen Befunden.

■ **Roland Habich, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung**  
Tel.: 030/25491-300

■ **Susanne von Below, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main**  
Tel.: 069/798-23531

## Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands in neuer Auflage erschienen

Im Januar ist bereits die zweite – aktualisierte und erweiterte – Auflage des von Bernhard Schäfers und Wolfgang Zapf herausgegebenen und 1998 erstmals veröffentlichten „Handwörterbuchs zur Gesellschaft Deutschlands“ erschienen. Die insgesamt 70 Beiträge, darunter drei, die in der zweiten Auflage neu aufgenommen wurden, decken thematisch nahezu die gesamte Breite der sozialwissenschaftlichen Beschäftigung mit der gegenwärtigen, vereinigten deutschen Gesellschaft ab. Alphabetisch arrangiert reichen sie von A – „Alter und Altern der Gesellschaft“ – bis Z – „Zukunftsvorstellungen“. Dazwischen werden Arbeitslosigkeit und Armut, Bildung, Einkommen und Vermögen, Eliten, Familie und Verwandtschaft, Interessenorganisationen, Kriminalität, Lebensverlauf, Massenkommunikation und Medien, Soziale Mobilität, Sozialer Wandel und Entwicklungstrends, Umwelt und Werte – um nur einige Beispiele zu nennen – behandelt. Die Zielsetzung der Herausgeber ist es, mit dieser Publikation, einen Überblick über die zentralen Handlungsbereiche, sozialen Probleme und Entwicklungstendenzen der deutschen Gesellschaft zu geben. Die in vielen Einzelbeiträgen dominierende Untersuchungsperspektive ist die einer empirischen Sozialstrukturanalyse; einen theoretischen Bezugsrahmen bildet das Konzept der „weitergehenden Modernisierung“ der deutschen Gesellschaft. Besondere Aufmerksamkeit finden in der Mehrzahl der Beiträge die mit der Wiedervereinigung verbundenen gesellschaftlichen Transformations- und Wandlungsprozesse der neunziger Jahre und vielfach werden – nicht nur in dem diesbezüglichen speziellen Artikel von B. Schäfers – auch Aspekte des Prozesses der Integration der deutschen Gesellschaft im europäischen Rahmen aufgegriffen, wenngleich explizit komparative Betrachtungen eher selten zu finden sind.

Das insgesamt 800 Seiten starke Handwörterbuch wendet sich nicht nur an die Fachwissenschaft, sondern ist darüber hinaus auch an die sozialwissenschaftlich und sozialpolitisch

interessierte Öffentlichkeit adressiert. Damit erfüllt es durchaus auch Sozialberichterstattungsfunktionen, insbesondere wenn es gelingen sollte, das Handwörterbuch auch zukünftig mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu aktualisieren. Die einzelnen – jeweils etwa zehn Druckseiten umfassenden Beiträge – folgen einer einheitlichen, von den Herausgebern vorgegebenen Struktur:

- Definition und Abgrenzung des behandelten Themas;
- sozialgeschichtliche Entwicklung;
- gegenwärtige sozialstrukturelle Ausprägung
- sozialpolitische Relevanz

Die Beiträge informieren den Leser nicht nur in kompakter Form über begriffliche und theoretische Diskussionen sowie die historischen Hintergründe zu den verschiedenen Themen, sondern umfassen darüber hinaus in der Regel auch aktuelle empirische Analysen und Befunde. Unter den Autorinnen und Autoren finden sich Soziologen, Ökonomen, Politikwissenschaftler und Demographen, allesamt Experten auf dem jeweiligen Gebiet, darunter die prominentesten Vertreter ihres Faches. Dass es dennoch eine gewisse Streuung in der Qualität der einzelnen Beiträge gibt, ist nicht weiter überraschend und bedarf kaum der Erwähnung. Angesichts seines hohen Informationswertes und der beachtlichen Leserresonanz wäre diesem Handwörterbuch vor allem eine etwas weniger spartanische Ausstattung zu wünschen. Das gilt besonders im Hinblick auf die eher unauffällig gestalteten und sparsam verwendeten visuellen Elemente, wie Graphiken und Schaubilder. Dennoch gehört das Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands zweifellos zu den Quellen, die man gerne allen empfehlen wird, die kompetente sozialwissenschaftliche Informationen auf einem hohen Aktualitätsniveau zu den institutionellen Grundlagen, Problemen und Wandlungstendenzen der deutschen Gegenwartsgesellschaft benötigen und suchen.



*Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Opladen: Leske + Budrich, 2001. ISBN 3-8100-2926-2. Preis: DM 98,-. Der Band wird auch über die Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben.*

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-241

# Bei höherer Schulbildung neigen ausländische Männer eher zur Ehe mit deutscher Partnerin

Untersuchung zu Familie und Partnerwahl in der ausländischen Bevölkerung mit Daten des Mikrozensus

*Deutschland ist weltweit eines der wichtigsten Zielländer für internationale Migration, und vor diesem Hintergrund stellen sich vielfältige Fragen zu den sozialen Folgen der Zuwanderung. Der Bundesinnenminister hat zu dieser Problematik eine unabhängige Sachverständigenkommission eingesetzt, die bis Mitte 2001 konkrete Vorschläge für die Politik erarbeiten soll. Trotz unverkennbarer ausländerfeindlicher Tendenzen geht mit dem gestiegenen Ausländeranteil in Deutschland nicht nur eine Zunahme der Kontakte zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung einher, sondern auch eine Zunahme der Eheschließungen von deutschen und ausländischen Bürgern (Schmidt und Weick 1998). Von den Kontexten in der Familie und der Wahl der Ehepartner hängt es auch in starkem Maße ab, ob sich bestehende Segregationen und soziale Ungleichheiten in den verschiedenen Migrantengruppen auflösen oder ob sie über Generationen aufrechterhalten werden.*

wohl nur 4% der Migranten aus Mittel- und Osteuropa in Deutschland geboren wurden, haben 19% eine doppelte Staatsbürgerschaft. Das hängt mit der besonderen Rechtslage der deutschstämmigen Spätaussiedler aus diesem Raum zusammen, die meist aufgrund ihres Rechtsanspruches eingebürgert wurden. Auch in binationalen Ehen hat ein Ehepartner häufig eine doppelte Staatsbürgerschaft. Insgesamt hat ein Viertel der Verheirateten mit ausländischer Nationalität und deutschem Ehepartner zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies trifft auf weniger als ein Prozent derjenigen mit nicht-deutschem Ehepartner zu. Von den türkischen Erwachsenen, der größten ausländischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland, verfügt nur 1% über eine doppelte Staatsbürgerschaft.

Betrachtet man den Familienstand, so zeigt sich, dass die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung verheiratet ist. Bei türkischen Befragten ist der Anteil der Verheirateten mit 78% besonders hoch. Verwitung spielt aufgrund der Altersstruktur in der ausländischen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle. Der Anteil der Geschiedenen liegt zwischen 3% und 8% und ist in den meisten Fällen niedriger als bei deutschen Befragten (6%). Ausländische Familien leben nur selten getrennt voneinander. Zwischen 2% und 6% haben einen Ehegatten oder ein minderjähriges Kind, das im Heimatland lebt.

## Ausländisch-deutsche Ehen am häufigsten bei Bürgern aus den USA und dem sonstigen Amerika

Die Neigung innerhalb einer Zuwanderergruppe in die ansässige Mehrheitsbevölkerung einzuheiraten wird als Indikator für deren Integration angesehen. Bezüglich des Anteils ausländisch-deutscher Ehen sind zwischen den verschiedenen Nationalitäten erhebliche Unterschiede zu beobachten. Besonders auffallend ist der geringe Anteil an Ehen mit deutschen Partnern bei der größten ausländischen Bevölkerungsgruppe, den Türken, insbesondere bei türkischen Frauen. Zieht man die aktuelle Statistik der Eheschließungen in Deutschland, die auf Basis der Meldungen der Standesämter erstellt wird, zum Vergleich heran, so ist zu erkennen, dass türkische Männer die häufigsten ausländischen Ehepartner für deutsche Frauen darstellen. Türkische Frauen gehen dagegen erheblich seltener gemischtnationale Ehen mit deutschen Männern ein. Deutsche Männer heiraten seit den achtziger Jahren mehr Frauen aus Polen und asiatischen

### Ehepartner und Kinder von Ausländern in Deutschland leben selten im Heimatland

In diesem Beitrag werden Analysen auf der Basis des Mikrozensus 1996 präsentiert. Beim Mikrozensus handelt es sich um die jährliche Befragung von 1% der Haushalte in der Bundesrepublik, die von der amtlichen Statistik durchgeführt wird. Ein besonderer Vorteil des Mikrozensus besteht in der hohen Zahl auskunftspflichtiger Befragungspersonen, die auch differenzierte Auswertungen für die ausländische Bevölkerung zulässt. Für wissenschaftliche Analysen steht eine 70%-Substichprobe (ZUMA-File) zur Verfügung, die 509.000 Be-

fragte umfasst, darunter 36.000 mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Zunächst werden die verschiedenen Zuwanderergruppen hinsichtlich einiger demographischer Merkmale charakterisiert. Erwachsene, die aus den früheren Anwerbeländern für Gastarbeiter stammen, sind zu etwa einem Fünftel in Deutschland geboren oder vor dem sechsten Lebensjahr zugewandert. Auch Bürger aus den restlichen Ländern der Europäischen Union, die insbesondere auch die Nachbarländer wie Frankreich, Holland oder Österreich einschließen, weisen einen ähnlich hohen Anteil von Erwachsenen der ‚zweiten Generation‘ auf. Ob-

**Tabelle 1: Demographische Merkmale erwachsener Ausländer<sup>1</sup> in Deutschland**

	Anteil an allen Ausländern <sup>2</sup>	Doppelte Staatsbürgerschaft	In Deutschland geboren oder jünger als 6 Jahre bei Einreise	Kinder unter 18 Jahre		Ehegatte im Heimatland	Kinder im Heimatland
				1-2 Kinder	3+ Kinder		
	%	%	%	%	%	%	%
Türkei	29	1	20	46	16	2	2
Ex-Jugoslawien	10	2	16	33	5	5	3
Italien	9	5	21	35	8	3	2
Griechenland	6	2	21	36	4	2	2
Spanien	2	4	26	30	2	4	3
Restliche EU	11	8	18	29	4	3	2
Mittel-/Osteuropa	20	19	4	41	6	6	3
USA	2	12	4	25	3	4	3
Sonstiges Amerika	1	17	2	34	2	1	5
Südasien	2	2	1	36	16	5	4
Ostasien	2	2	4	45	2	3	5
Naher Osten	3	6	3	38	17	2	2
Afrika	3	5	7	28	18	5	6
Übrige Welt und Staatenlose	2	4	8	34	13	4	5

<sup>1)</sup> ab 18 Jahren <sup>2)</sup> durch Rundungen Summe > 100%; Gesamt = 25544 Befragte  
Datenbasis: Mikrozensus 70%-Unterstichprobe (ZUMA-File)

**Tabelle 2: Familienstand erwachsener Ausländer in Deutschland**

	Ledig %	Verwitwet %	Geschieden %	Verheiratet %
Türkei	18	1	3	78
Ex-Jugoslawien	26	3	5	66
Italien	28	3	5	56
Griechenland	24	2	3	71
Spanien	31	4	4	62
Restliche EU	30	4	7	59
Mittel-/Osteuropa	20	4	5	72
USA	29	7	8	57
Sonstiges Amerika	24	1	5	70
Südasien	24	2	3	71
Ostasien	25	1	3	71
Naher Osten	27	2	4	68
Afrika	33	2	5	61
Übrige Welt und Staatenlose	28	4	4	64
<i>Deutsche</i>	<i>23</i>	<i>10</i>	<i>6</i>	<i>61</i>

Datenbasis: Mikrozensus 70%-Unterstichprobe (ZUMA-File)

Staaten wie den Philippinen und Thailand und seltener Partnerinnen aus den früheren Anwerbeländern (vgl. Klein 2000). Auf der strukturellen Ebene wird dies besonders bei Migranten aus Ostasien deutlich: Bei Frauen aus dieser Region überwiegen ausländisch-deutsche Ehen, während bei den Männern nur eine Minderheit eine deutsche Ehepartnerin hat. Bürger aus Ländern der Europäischen Union und den USA sowie anderen amerikanischen Staaten weisen einen hohen Anteil ausländisch-deutscher Ehen auf. Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

**Hohes Bildungsniveau bei vielen Zuwanderergruppen**

Bei der Familiengründung und der Partnerwahl kommt der Bildung ein zentraler Stellenwert zu. So geht in der deutschen Bevölkerung mit der Bildungsexpansion auch ein Anstieg des Heiratsalters einher. Bei Bildungsunterschieden zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen sind daher auch Verhaltensunterschiede bei Heirat und Familiengründung zu erwarten. Hinsichtlich der allgemeinen Bildungsabschlüsse unterscheiden sich die Befragten der einzelnen Nationalitäten deutlich (Tabelle 3).

So verfügt nur ein geringer Anteil der Zuwanderer aus den USA und dem übrigen Amerika oder aus Ländern der Europäischen Union über keinerlei Schulabschluss. Eine Ausnahme bilden hier Personen aus den früheren Anwerbeländern Spanien, Italien und Griechenland. Besonders hoch ist der Anteil von Befragten ohne Schulabschluss bei der türkischen Bevölkerungsgruppe mit 26%, bei einem - mit 6% - gleichzeitig geringen Anteil derjenigen, die über eine Hochschulreife verfügen. Dagegen ist vor allem bei Nationalitäten, die nicht zu den Anwerbenationen für ausländische Arbeitskräfte gehören, der Anteil von Abiturienten vergleichsweise hoch. So geben 53% der Erwachsenen aus den USA und 64% der Zuwanderer aus Ostasien an, über eine Hochschulreife zu verfügen.<sup>1</sup> Auch bei den verschiedenen Zuwanderergruppen hat in den jüngeren Geburtsjahrgängen eine Expansion mittlerer und höherer Bildungsabschlüsse stattgefunden. Trotz vielfältiger Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit von Abschlüssen aus verschiedenen Ländern, zeigen sich erhebliche herkunftsspezifische Bildungsunterschiede. Da nicht nur Nationalitätsunterschiede, sondern auch Bildungsunterschiede erhebliche Barrieren bei der Partnerwahl darstellen kön-

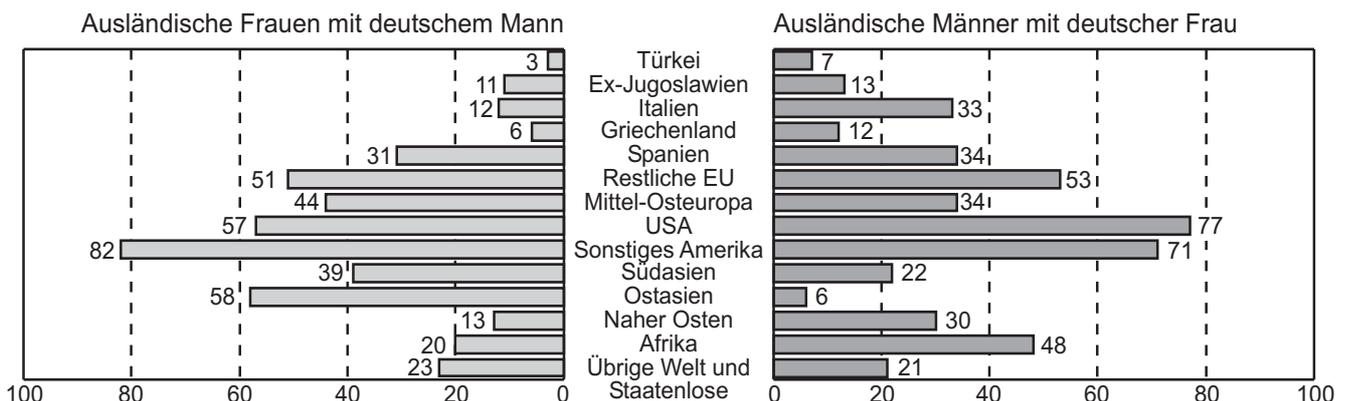
nen, sind auch die Voraussetzungen für gemischtnationale Partnerschaften und Ehen in den verschiedenen Zuwanderergruppen sehr unterschiedlich.

**Erheblicher Einfluss des Bildungsniveaus auf das Heiratsverhalten**

Im Folgenden soll nun das Heiratsverhalten türkischer und italienischer Männer näher betrachtet werden. Damit werden zwei große Zuwanderergruppen ausgewählt, die zu den früheren Anwerbeländern für ausländische Arbeitskräfte gehören und zum Teil bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben. Ehepartner in ausländisch-deutschen Ehen sind bei der Heirat meist älter als Ehepartner in rein ausländischen Ehen.<sup>2</sup> Im Vordergrund steht die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Befragten dazu neigen, eher ausländische oder eher deutsche Ehepartner zu heiraten. In beiden Zuwanderergruppen ist das jeweilige Bildungsniveau vergleichsweise niedrig. Heiratsneigung und Partnerwahl werden ganz erheblich durch das Bildungsniveau geprägt. Durch die Ausbildungsinstitutionen – insbesondere an weiterführenden Schulen und dem Hochschulbereich – werden nicht nur Präferenzen beeinflusst, sondern es entstehen auch Gelegenheiten zum kennen lernen.

Anhand der Angaben zum Heiratsalter werden nun in einer lebensverlaufsorientierten Längsschnittanalyse Bildungseinflüsse auf das Heiratsverhalten untersucht.<sup>3</sup> Dabei werden Ehen, die nur unter ausländischen Partnern geschlossen werden und Ehen mit deutscher Partnerin unterschieden. Die ausgewiesenen Effekte können als prozentuale Erhöhung oder Verminderung der Heiratschance interpretiert werden (Tabelle 4). Die schulische Bildung hat in der ausländischen Bevölkerung einen erheblichen Einfluss auf das Heiratsverhalten – allerdings geht dieser Einfluss bei ausländisch-deutschen Ehen in die entgegengesetzte Richtung als bei Ehen unter ausländischen Partnern. Die Chance, eine ausländische Partnerin zu heiraten, nimmt bei italienischen und türkischen Männern mit höherer Bildung ab: Ein Abitur vermindert die Chance etwa um die Hälfte. Auch unter zeitbezogener Kontrolle der

**Graphik 1: Anteil ausländisch-deutscher Ehen nach Nationalität**



Datenbasis: Mikrozensus 70%-Unterstichprobe (ZUMA-File)

**Tabelle 3: Schulabschlüsse von Ausländern in Deutschland**

	kein Schulabschluss	Hauptschulabschluss <sup>1</sup>	Realschulabschluss <sup>2</sup>	Abitur
	%	%	%	%
Türkei	26	60	8	6
Ex-Jugoslawien	13	63	14	10
Italien	16	65	10	8
Griechenland	13	61	11	14
Spanien	13	54	14	18
Restliche EU	4	40	19	36
Mittel-Osteuropa	9	50	15	25
USA	2	20	23	53
Sonstiges Amerika	4	22	12	61
Südasien	20	41	12	26
Ostasien	7	16	10	64
Naher Osten	15	27	10	48
Afrika	25	37	10	25
Übrige Welt und Staatenlose	22	43	12	22
Deutsche	1	63	17	18

Bei ca. 1% der Befragten liegt keine Angabe zur Art des Abschlusses vor

<sup>1</sup> Auch Volks- und Polytechnische Oberschule      <sup>2</sup> Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss

Datenbasis: Mikrozensus 70%-Unterschichtprobe (ZUMA-File)

**Tabelle 4: Prozenteffekte auf die Heiratschance von türkischen und italienischen Männern**

	Türkische Männer mit		Italienische Männer mit	
	deutscher Partnerin	ausländ. Partnerin	deutscher Partnerin	ausländ. Partnerin
	%	%	%	%
Kein Schulabschluss				
Hauptschule	+42	-11*	+57	-22
Mittlere Reife	+193**	-19*	+79	-53**
FH-Reife, Abitur	+184**	-54**	+11	-44*

Signifikanzniveau: \* p<0,05; \*\* p<0,01

Die Tabelle gibt den Anstieg der Heiratschancen von türkischen und italienischen Männern mit unterschiedlichem Bildungshintergrund im Vergleich zu Männern derselben Nationalität ohne Schulabschluss an. Die Prozentangaben basieren auf Cox-Regressionen mit konkurrierenden Risiken; Kohortentrend und Aufenthalt im Ausland (zeitabhängig) wurden zusätzlich kontrolliert.

Datenbasis: Mikrozensus 70%-Unterschichtprobe (ZUMA-File)

Ausbildung und der Zuwanderung bleibt dieser Effekt bestehen. Höhere Bildung geht offensichtlich nicht nur mit einem Aufschub, sondern mit einer geringeren Neigung zur Eheschließung mit einer ausländischen Partnerin einher.

**Heirat mit deutscher Partnerin bei Türken mit höherer Bildung häufiger**

Ganz anders sind dagegen die Bildungseinflüsse bei Ehen mit einer deutschen Partnerin: Hier nimmt die Heiratschance mit zunehmender Bildung nicht ab. Dabei bestehen allerdings erhebliche Unterschiede zwischen Italienern und Türken. Während bei italienischen Männern die Bildungseffekte viel kleiner sind und sich als nicht signifikant erweisen, sind sie bei türkischen Männern deutlich ausgeprägt. Ein Realschulabschluss oder ein Abitur erhöht die Heiratschance eines türkischen Mannes mit einer deutschen Partnerin – im Vergleich zu einem türkischen Mann ohne Schulabschluss – um mehr als 180%. Bildung hat demnach für türkische Männer eine wesentlich größere Bedeutung für binationale Heiraten als für ita-

lienische Männer. In der türkischen Bevölkerung sind offensichtlich eher traditionelle Rollenvorstellungen zur Familienbildung verbreitet, die eine frühe Heirat mit einem Partner gleicher Nationalität und Religionszugehörigkeit begünstigen. Mit zunehmender Bildung ändern sich die Rollenvorstellungen, aber auch die Kontaktmöglichkeiten durch die Bildungsinstitutionen. Ein weiterer Faktor für die Unterschiede dürfte zudem darin liegen, dass aufgrund der hohen Zahl türkischer Migranten in Deutschland auch die Zahl möglicher Partner hoch ist, was eine Wahl innerhalb der eigenen Nationalität erleichtert (vgl. Klein 2000).

Gerade bei Migranten können die strukturellen Randbedingungen, die die Gelegenheitsstrukturen für eine Partnerwahl erheblich beeinflussen, einem raschen Wandel unterliegen. Hier ist z.B. daran zu denken, dass bei den frühen Zuwanderungswellen der Gastarbeiter meist junge Männer nach Deutschland kamen. Dadurch ergaben sich erhebliche Ungleichgewichte zwischen Männern und Frauen. Mit dem zunehmenden Familiennachzug hat sich diese Situation deutlich verändert. Auch die

Größe einer ausländischen Bevölkerungsgruppe dürfte Konsequenzen für die Chancen haben, potentielle Partner mit gleicher Nationalität zu finden. Hält man den Einfluss der Bildung im statistischen Modell konstant, sind die Heiratschancen türkischer und italienischer Männer im Zeitverlauf gestiegen (Ergebnisse nicht ausgewiesen). Diese Wandlungstendenzen sind bei Ehen von türkischen Männern mit deutschen Frauen besonders ausgeprägt. Die Entwicklung im Zeitverlauf kann vor allem bei den türkischen Männern auch als Indikator für eine zunehmende Integration in die deutsche Gesellschaft gewertet werden. Bestehende Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen werden häufig auf konfessionelle und kulturelle Unterschiede zurückgeführt. Es zeigt sich allerdings, dass sich nicht nur Vorurteile, sondern auch Barrieren für Eheschließungen, wie sie zwischen der deutschen und türkischen Bevölkerung vorhanden sind, bei höherer Bildung leichter überwinden lassen. Wirkungsvolle Maßnahmen für eine stärkere Bildungsbeteiligung von Ausländern hätten deshalb vor allem für die größte ethnische Minderheitengruppe in Deutschland – die türkische Bevölkerung – eine integrative Bedeutung, die weit über das bildungspolitische Ziel der Chancengleichheit hinausreichen würde.

- 1 Der höchste Schulabschluss wird im Mikrozensus entsprechend einer Bildungsklassifikation für Deutschland erhoben. Die Beantwortung fällt nicht unter den auskunftspflichtigen Teil des Mikrozensus. Befragte mit ausländischen Schulabschlüssen – die erheblich von deutschen Abschlüssen abweichen können – stufen sich hier selbst ein.
- 2 Bei rein ausländischen Ehen wird die Nationalität der Ehepartner nicht differenziert betrachtet, es ist aber davon auszugehen, dass es sich überwiegend um Ehepartner der gleichen Nationalität handelt.
- 3 Das Heiratsalter ist bei verheirateten Befragten erfasst. Der Zeitpunkt des Endes der Ausbildung ist bei Personen mit Angabe zum beruflichen Ausbildungsabschluss erhoben. Die Beantwortung fällt nicht unter den auskunftspflichtigen Teil des Mikrozensus.

**Literatur:**

Klein, Thomas, 2000: Binationale Partnerwahl. Theoretische und empirische Analysen zur familialen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Materialien zum 6. Familienbericht, Band I (in der Veröffentlichung).

Schmidt, Peter; Weick, Stefan, 1998: Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern. ISI – Informationsdienst Soziale Indikatoren 19: 1-5.

■ **Stefan Weick, ZUMA**  
Tel. 0621/1246-245

# Der neue Armutsbericht der Hans Böckler Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Ende des letzten Jahres ist der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erschienen. Wie schon im früheren Armutsbericht dieser Institutionen von 1994 bieten die Autoren (von denen zwei schon den vorherigen Bericht maßgeblich mitgestaltet haben) ein äußerst umfassendes Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach einer einleitenden Formulierung der Zielsetzung des Berichts und einer kurzen Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse im ersten Kapitel folgen im zweiten Kapitel eine Erläuterung zur methodischen Konzeption und eine Darstellung genereller Entwicklungstendenzen. Hierbei stellen die Autoren zunächst die Datengrundlage, das Sozioökonomische Panel (SOEP), vor und diskutieren die Vor- und Nachteile alternativer Armutsdefinitionen. Anschließend umreißen sie die generelle Einkommens-, Armuts-, und Ungleichheitsentwicklung seit 1985. Laut den Autoren kam es dabei in den alten Bundesländern bis Anfang der 90er Jahre zu einem Rückgang des Bevölkerungsanteils in relativer Armut. Darauf folgte ein Anstieg bis zur Mitte des Jahrzehnts, an den sich eine schwankende Entwicklung anschloss. In den neuen Ländern nahm der Anteil der entsprechenden Bevölkerungsgruppe zunächst stark zu, ging in der zweiten Hälfte der 90er Jahre allerdings wieder zurück. Generell ist der Armenanteil in Ostdeutschland niedriger als im Westen, wobei jedoch zu beachten ist, dass die Autoren diese Anteile relativ zu den Durchschnittseinkommen im jeweiligen Landesteil ermitteln.

Den Hauptteil des vorliegenden Berichts stellt das dritte Kapitel dar. Hier diskutieren die Autoren Aspekte der Armutsproblematik exemplarisch anhand der Einkommenslage von fünf ausgewählten Bevölkerungsgruppen: den trotz Erwerbstätigkeit Armen (den sogenannten ‚working poor‘), den Armen in Arbeitslosenhaushalten, sowie von Familien, von behinderten Menschen und von Migranten. Anhand dieser Diskussion gelingt es ihnen darzustellen, dass einerseits konkrete Armutslagen sehr häufig durch ein Zusammentreffen unterschiedlicher Armutsrisiken entstehen und dass andererseits bestimmte als problematisch anzusehende Regelungen in ganz unterschiedlichen Kontexten zur Entstehung von Armut beitragen. Ein Beispiel hierfür sind einige von den Autoren häufiger kritisierte Aspekte der Familienpolitik bzw. des Familienlastenausgleichs: So zeigen sie, dass zumeist erst die Kombination verschiedener Aspekte, wie eines niedrigen Erwerbseinkommens mit vom Sozialstaat nicht ausreichend abgedeckten Kosten der Kindererziehung und dem Verzicht auf eine Doppelerwerbstätigkeit

(bzw. im Falle Alleinerziehender der Unmöglichkeit derselben) zu einem Phänomen wie der Armut bei Erwerbstätigkeit führt. Andererseits spielt eine unzureichende finanzielle Unterstützung von Familien auch in anderen Zusammenhängen eine wichtige Rolle: Im Fall von Migrantenfamilien z.B. stellt sie insbesondere wegen ihrer im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung jüngeren Altersstruktur und höheren Kinderzahl ein spezifisches Armutsrisiko dar. Dabei ergänzen die Autoren ihre Analysen immer auch durch praktische politische Lösungsvorschläge und weisen bei den von ihnen vorgeschlagenen Optionen in der Regel auch auf den damit verbundenen Kostenrahmen hin.

Das vierte Kapitel bietet eine vergleichende Analyse von Armutspolitik und Einkommensarmut im europäischen Kontext. Hierbei macht der einführende Überblick über arbeitspolitisch relevante sozialstaatliche Regelungen in der EU deutlich, wie unterschiedlich diese in den einzelnen Mitgliedsstaaten sind. Die darauf aufbauenden Analysen auf Basis des europäischen Haushaltspanels (ECHP) ermöglichen eine empirisch untermauerte Einschätzung der durch den deutschen Sozialstaat erzielten Erfolge bei der Armutsbekämpfung. Hierbei kann es kaum überraschen, dass Deutschland zusammen mit den anderen Wohlfahrtsstaaten des konservativ-korporatistischen Typs eine Zwischenstellung zwischen den skandinavischen Staaten auf der einen und den liberalen angelsächsischen Wohlfahrtsstaaten bzw. dem in Südeuropa vorherrschenden rudimentären Wohlfahrtsstaatstypus auf der anderen Seite einnimmt. Das besonders schlechte Abschneiden der liberalen Wohlfahrtsstaaten Großbritannien und Irland, die ähnlich hohe Armutsquoten aufweisen wie die südeuropäischen Staaten, ist hingegen ein äußerst wichtiges Ergebnis dieses Berichts, da vor diesem Hintergrund eine Orientierung der Politik am liberalen Wohlfahrtsstaatsmodell, zumindest unter der Zielsetzung der Armutsbekämpfung, kaum sinnvoll erscheint.

Im fünften Kapitel diskutieren die Autoren verschiedene Möglichkeiten, den Sozialstaat im Hinblick auf eine verbesserte Armutsbekämpfung umzugestalten. Hierbei fließen auch viele der in den vorherigen Kapiteln bereits diskutierten Punkte mit ein, wie z.B. eine Umgestaltung des Familienlastenausgleichs, Ansätze zur Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und eine stärkere Regulierung prekärer Arbeitsverhältnisse. Besonders wichtig ist den Autoren die Diskussion zukünftiger Entwicklungs- und Umgestaltungsmöglichkeiten der Sozialhilfe, da sie der Ansicht sind, dass letztere durch die ihr zugefallene, wachsende Rolle beim Auffangen verschiede-



ner gesellschaftlicher Problemlagen zunehmend unter Druck gerate.

Insgesamt ist das herausragende Merkmal dieses Berichts sicherlich die Tatsache, dass er äußerst umfassend über die unterschiedlichsten Teilaspekte des Problems Armut informiert. Zwar gibt es momentan zahlreiche spezifische Beiträge zu diesem Thema, aber erst ein umfassendes Berichtswerk wie das hier vorliegende kann die vielfältigen Zusammenhänge zwischen politischen Regelungen und ganz unterschiedlichen Erscheinungsformen von Armut veranschaulichen. Somit setzt die durch den vorliegenden Bericht geleistete Verknüpfung einer umfassenden, methodisch transparenten und qualitativ überzeugenden Behandlung des Themas Armut mit daraus abgeleiteten konkreten politischen Empfehlungen einen hohen Standard, an dem sich zukünftige Berichte dieser Art messen lassen müssen.

Walter Hanesch, Peter Krause, Gerhard Bäcker, Michael Maschke und Birgit Otto, 2000: *Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*. Reinbek: Rowohlt. ISBN 3-499-22944-7. Preis: DM 26,90.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-244

**Herausgeber**

Zentrum für Umfragen, Methoden und  
Analysen (ZUMA) e.V.  
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon 06 21/12 46-0  
Telefax 06 21/12 46-100

**Verantwortlich für den Inhalt**

Dr. Heinz-Herbert Noll

**Redaktion**

Bernhard Christoph

**Satz und Druck**

Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30  
67433 Neustadt/Weinstraße

**Gestaltung**

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft  
Sozialwissenschaftlicher Infrastruktur-  
einrichtungen (Gesis) e.V.  
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten  
ISSN 0935-218X

# Call For Papers

Fourth Conference

International Society for Quality of Life Studies

"How to Measure Quality of Life in Diverse Populations"

Washington DC, November 29 – December 1, 2001

Track on "Quality-of-Life and Models of Welfare Production in Western European Countries"

The Fourth Conference of the International Society for Quality of Life Studies (ISQOLS) will be held November 29 to December 1, 2001 in Washington D.C., USA. Among others there will be a track on "Quality-of-Life and Models of Welfare Production in Western European Countries", which will put a special focus on the European Union Countries. This track hopes to bring together social scientists at universities, research institutes and national statistical institutes as well as other people involved or interested in social indicators research, social reporting and social planning focusing on Western European Countries. The organizers of this track invite papers addressing conceptual, measurement or substantial issues in social indicators and quality of life research as well as social reporting approaches. Particularly welcome are also papers offering theoretical approaches, models and empirical studies of welfare production providing explanations of quality of life differences and changes within and across advanced societies. The proposed topics are:

- QOL: Concepts, problems of measurement and results of empirical studies
- theoretical foundations and developments in social indicators research
- social indicators research – national and cross national studies
- theoretical approaches, models and empirical studies of welfare production
- social monitoring and reporting approaches

This track, which will cover several seminars, is chaired by Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA (noll@zuma-mannheim.de) and Dr. Joachim Vogel, Statistics Sweden (j.vogel@scb.se). The deadline for submission of abstracts (1 page) is June 1, 2001. The abstracts should be submitted by e-mail to both track chairs.

In addition the ISQOLS conference covers a diverse range of issues related to quality of life. All in all there are seven track sets that include the following 38 tracks:

1. **Unit-specific tracks:** QOL of countries; QOL of cities; Families and QOL; QOL of individuals.
2. **Domain-specific tracks:** Environmental well-being; Leisure well-being; Economic well-being; Work well-being; Health-related QOL in health care; Housing & neighborhood well-being; Consumer well being; Financial well being.
3. **Population-specific tracks:** QOL of women; QOL of the poor; QOL of children & adolescents; QOL of the disabled; QOL of disease-specific patients; QOL of college students; QOL of the elderly.
4. **Country-specific tracks:** QOL and models of welfare production in Western European countries; QOL of Eastern European countries; QOL of North American countries; QOL of Australia & New Zealand; QOL of Latin American countries; QOL of African countries; QOL of the Far East countries.
5. **Institution-specific tracks:** Media and QOL; Business and QOL; Labor and QOL; Tourism and QOL; Public health and QOL (community indicators of health and well-being); Design/Architecture and QOL; Science/Technology and QOL
6. **Methodological tracks:** New and nontraditional measures and methods of QOL; Problems & solutions in relation to objective QOL indicators; Problems & solutions in relation to subjective QOL indicators.
7. **Philosophical tracks:** Postmodern theories and approaches to the study of QOL; Ethical philosophies and the study of QOL.

Those interested in finding out more about the conference should refer to the conference website at <http://www.business.wm.edu/isqols/> for additional details on the conference, track chairs and registration.

More information on the International Society for Quality of Life Studies can be found at <http://www.cob.vt.edu/market/isqols/>.